



**Die Bewältigung von
Demonstrationslagen**

Polizei-Journal

2-2006



Polizeiinsatz am 01. Mai 2006 in der Hansestadt Rostock



Kein Sex mit Nazis

Rostock
gegen
Rassismus
und Gewalt.

www.rechtsweg-ausge

1. Mai NUTZ

SITIVTRA TE CONCORDIA
ET PUBLICA FELICITAS

POLIZEI

1. Mai NUTZ

1. Mai NUTZ

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI 11/2

POLIZEI

DAS THEMA	2-6
Die Bewältigung von Demonstrationsslagen	2
VORGESTELLT	6-7
Streiche BIP MV – Setze IpAF an der FHöVPR (Teil 2)	6
EINSATZ	7-10
Polizeibeamte aus dem Kosovo zurückgekehrt	7
Zum Bäderdienst und zur WM verabschiedet	10
MINISTERIUM AKTUELL	10-12
Personalveränderungen im höheren Dienst	10
Warum Leasing auch sinnvoll sein kann	11
PANORAMA	13-16
Quer durch MV	
PRÄVENTION	16-18
Deutscher Präventionstag in Nürnberg	16
SPORT	18-19
5 Freunde und ein Ball	18
Meisterschaften im Schwimmen und Retten	19
FÜR SIE GELESEN	20
Die 13. Plage	20
NACHRUFE	20
Tauschpartner gesucht	14+15



Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter,

es gibt schöne Sprichworte: „Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen.“ Oder auch: „Erfolg ist das Glück des Tüchtigen.“

Wenn wir zurückblicken auf die letzten Jahre der polizeilichen Arbeit, dann trifft beides zu. Von Jahr zu Jahr konnte die Aufklärungsquote bei der Ermittlung von Straftaten erhöht werden, kontinuierlich konnte die Kriminalitätsbelastung gesenkt werden, die Anzahl der Verkehrsunfälle – besonders diejenigen mit tödlichem Ausgang – ist deutlich zurückgedrängt worden. Die Arbeit der Landespolizei verläuft erfolgreich. Sie, die Mitarbeiter im täglichen Dienst, haben beharrlich und kontinuierlich daran gearbeitet, dass wir heute im Bundesvergleich gut dastehen. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Mitgewirkt an dieser Erfolgsgeschichte haben alle: die Führungsebenen, die Verantwortlichen in der Aus- und Fortbildung, die Mitarbeiter in der Technik

und die der Beschaffung, die Kollegen des Betriebs für Bau und Liegenschaften – auch wenn die Finanzlage bei der Sanierung der Dienststellen manche Wünsche offen ließ.

Heute können wir sagen: Die vielen Ideen und Investitionen bei der Entwicklung der Landespolizei haben sich gelohnt. Wir sind gut aufgestellt für die Herausforderungen der nächsten Jahre, insbesondere für den G8-Gipfel im Sommer 2007, eine internationale Veranstaltung, die im Blick auf die Sicherheitsaufgaben mit keiner anderen Veranstaltung vergleichbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gottfried Timm

Polizei-Journal Zeitschrift der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern

Herausgeber:
Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: Stephan Stange (verantw.), Peter Anders, Reinhard Ackermann, Ralf Bierenbrodt, Olaf Bleeck, Ingrid Dinse, Ulf Erler, Susanne Facklamm, Axel Falkenberg, Dr. Annerose Hennig, Dr. Holger Roll, Uto Sachse, Daniel Schmidt, Denise Tylla, Arite Vettters, Andreas Wegner, Uwe Werner, Volker Werner, Klaus Wiechmann, Ute Wienecke

Anschrift: Redaktion Polizei-Journal, Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, Referat II 430-3 Alexandrinenstraße 1, 19055 Schwerin
Tel. 03 85 / 5 88 - 24 88, Fax 03 85 / 5 88 - 20 45
e-mail: Stephan.Stange@im.mv-regierung.de

Titelbild:
Stephan Stange II 430I

Auflage: 6.500 Exemplare

Gestaltung, Satz & Layout:
Cicero Werbeagentur, Rostock

Druck: Landesamt für innere Verwaltung

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Wir danken den Autoren für ihre Text- und Bildbeiträge. Für den Inhalt der einzelnen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion behält es sich vor, Leserbriefe verkürzt wiederzugeben.

15. Jahrgang Nr. 2/2006

Die Bewältigung von Demonstrationen Der Polizeieinsatz in der Hansestadt Rostock am 01. Mai 2006

Stephan Stange und Daniel Schmidt, Innenministerium MV, II 400-3

Die Bewältigung von Demonstrationen stellt die Polizei jedes Mal erneut vor große Herausforderungen. Nahezu 4000 Polizeibeamtinnen und -beamte waren am 01. Mai dieses Jahres mit der Aufgabe betraut, den Verlauf mehrerer Versammlungen, Aufzüge und Veranstaltungen in Rostock zu schützen und gewaltvolle Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern des linken und rechten Lagers zu verhindern. Dabei wurde unsere Landespolizei durch Beamte der Bundespolizei sowie der Länder Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein unterstützt. Aufgrund der Medienberichterstattung im Vorfeld schaute die deutsche Öffentlichkeit gespannt auf die Stadt an der Warnow.

So viel vorweg: Es blieb weitgehend friedlich. Dass es so kam, war dem eigens für diesen Tag erarbeiteten Konzept und dessen Umsetzung zu verdanken. Polizeiführer Kriminaldirektor Ernst Helmut Qualmann hatte an seiner Seite einen gut funktionierenden Führungsstab und in den Einsatzabschnitten setzten hoch motivierte Beamtinnen und Beamte die an sie gestellten Rahmenaufträge und Befehle hervorragend um. Mit Blick auf die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate sollte dies Zuversicht verleihen. Aber der Reihe nach.

Der NPD Bundesparteivorstand hatte für den 01. Mai 2006 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr eine Versammlung unter freiem Himmel in Form eines Aufzuges unter dem Motto „Arbeit für Deutsche“ angemeldet. Geplant waren eine Auftakt- und zwei Zwischenkundgebungen sowie eine Abschlusskundgebung. Die Versammlung diente als Wahlkampfauftakt zu den Landtagswahlen. Der Versammlungszug sollte sich nahezu kreisförmig von der Rückseite des Hauptbahnhofes über den Vögenteich, die August-Bebel-Straße, die Richard-Wagner-Straße, die Rosa-Luxemburg-Straße zurück zum Hauptbahnhof bewegen. Eine besondere Brisanz lag in der Tatsache begründet, dass die NPD vor dem Haus der Gewerkschaften in der August-Bebel-Straße einen Halt einlegen und eine Kundgebung abhalten wollte. Die NPD rechnete mit ca. 2.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland.

Durch den DGB wurde für den selben Tag in der Zeit von 09.00 Uhr bis 20.00 Uhr eine Versammlung unter freiem Himmel in

Form eines Aufzuges unter dem Motto „Rostock bleibt bunt“ angemeldet. Ziel der Versammlung war es, gegen den geplanten Einzug der NPD in den Schweriner Landtag zu demonstrieren und ein Zeichen der demokratischen Kräfte gegen Rechts zu setzen. Nach Abschluss eines Kooperationsgespräches vom 09.03.2006 er-

klärten der DGB, die IG Metall und „Bunt statt Braun“, eine gemeinsame Versammlung mit anschließender Veranstaltung durchführen und das „Aktionsbündnis gegen Rechts“ bilden zu wollen. Hier wurden durch den DGB ca. 20.000 Teilnehmer erwartet. Dabei waren durch den Versammlungsleiter des DGB Nord zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. die Landtagspräsidentin und der Ministerpräsident von MV, angekündigt worden.



Rostock bekennt sich: „Bunt statt Braun“

Daneben meldete das „Antifaschistische Aktionsbündnis 1. Mai“ sowie eine weitere Person antifaschistische Demonstrationen im Bereich der Rostocker Innenstadt in der Zeit von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr an.

Polizeiliche Lagekenntnisse aus dem Vorfeld ergaben, dass die linke Szene die Walpurgisnacht zur teilweisen Verwüstung der Innenstadt nutzen wollte und dass gleichzeitig die Handlungsfähigkeit der Polizei „getestet“ werden sollte. Nach Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes und mehrerer Landeskriminalämter war mit der Anreise des linken autonomen (und teilweise gewaltbereiten) Spektrums u. a. aus Berlin, Hamburg, Lübeck, Kiel und Rendsburg zu rechnen. Bei den Personen aus dem Bereich der Antifa mussten von polizeilicher Seite Versuche der Konfrontation und Gewalttätigkeit gegenüber Personen der rechten Szene, Polizeibeam-



Die niedersächsischen Polizeibeamten unterstützen unsere Landespolizei

ten, gegen unbeteiligte Personen oder Sachwerte eingeplant werden. Durch die enge räumliche und zeitliche Konzentration und die Komplexität der Veranstaltungsteilnehmer und Geschehnisse war ein nur schwer kalkulierbares Gefahrenpotential vorhanden.

Im Weiteren waren Polizei und Straßenverkehrsbehörde gefordert, ein Verkehrskonzept zu erarbeiten, welches einerseits die Durchführung aller Veranstaltungen ermöglichen und andererseits ein Verkehrschaos in und um Rostock verhindern sollte. Bis 06.00 Uhr wurden durch Mitarbeiter des Stadtamtes Verkehrsmaßnahmen realisiert. Durch den Einsatzabschnitt „Polizeiliche Verkehrsmaßnahmen“ wurden ab 06.30 Uhr entsprechend des Rahmenbefehls und der Ergebnisse der Einsatzbesprechung die erforderlichen Verkehrsmaßnahmen durchgeführt. Durch den Einsatzabschnittsführer wurden



Informationsaustausch – Inspekteur Herr Springstein (hinten li.) und der Leiter Führungsstab Herr Alpen

Posten an den äußeren Absperrpunkten eingesetzt, um anreisenden Individualverkehr zu den Veranstaltungen und den innerstädtischen Parkplätzen zu ermöglichen. Durch die Verkehrsbehörde Rostock waren alle nutzbaren P+R-Parkplätze entsprechend ausgeschildert. Die Verkehrsmaßnahmen waren so ausgerichtet, dass alle Veranstaltungsräume fußläufig in maximal 10 bis 20 Minuten erreicht werden konnten. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen oder gar Stauerscheinungen wurden durch die Einsatzkräfte sowohl innerhalb als auch außerhalb der aufgestellten Verkehrseinrichtungen nicht festgestellt. Ab 01.05 Uhr begann die Anreise der verschiedenen Veranstaltungsteilnehmer, wobei die Hauptanreisezeit zwischen 07.00 Uhr und 12.00 Uhr lag. Die Busse wurden durch Polizeikräfte an ihren Veranstaltungsraum herangeführt.

Gegen 10.30 Uhr begann ein gemeinsamer Aufzug Antifa I und Antifa II mit ca. 1500 Teilnehmern in Richtung des Aufzuges des DGB, der sich mit ca. 3000 Teilnehmern bereits in Bewegung gesetzt hatte. Der Einsatzabschnitt „Veranstaltungsschutz DGB/Antifa“ begleitete diesen Aufzug.

Nachdem der Aufzug der Antifa die Lange Straße erreicht hatte, teilte er sich, wobei sich die Teilnehmer über verschiedene Wege in Richtung der Kröpeliner Straße und des Neuen Marktes bewegten. Der Einsatzabschnitt „Versammlungsschutz Antifa/DGB“ meldete, dass sich in der Steinstraße mehrere militante Personen aufhielten und dass 400 ebensolche im Bereich des Universitätsplatzes/Schwaansche Straße festzustellen waren. Diese bewegten sich in Kleingruppen von jeweils ca. 50 Personen entlang der Absperrung des Streckenschutzes und versuchten wiederholt, über die Stichstraßen am Rosengarten in den abgesperrten Bereich in Richtung des Versammlungsortes der NPD zu gelangen. Die Absperrlinie des Einsatzabschnittes Streckenschutz konnte bis dahin alle „Durchbruchversuche“ in Richtung des Versammlungsraumes der NPD in der August-Bebel-Straße verhindern.

Ab 11.38 Uhr wurde durch den Polizeiführer die Freigabe für den Schlagstock erteilt, da es im Bereich der Steinstraße seitens der militanten Personen zu Angriffen auf Polizeikräfte durch Stein-, Holz- und Flaschenwürfe gekommen war. Des Weiteren wurden Dienstfahrzeuge durch Farbschmierereien und das Abreißen von Kennzeichentafeln und Außenspiegeln beschädigt. Durch den Einsatzabschnitt „Raumschutz“ wurde gemeldet, dass in der Steinstraße 40 Festnahmen wegen des Verdachtes des Landfriedensbruches vorgenommen worden waren und eine Absperrung der Steinstraße in Richtung Steintor erfolgt war, wodurch weitere Störer in Richtung Neuer Markt zurück gedrängt werden konnten. Dabei war festgestellt worden, dass gewaltbereite Personen in den Veranstaltungsraum des DGB zurückwichen.

Nach erheblicher Verzögerung, bedingt durch die zeitlich verzerrte Anreise von Teilnehmern aus dem Bundesgebiet, begann die NPD 12.04 Uhr mit der Auftaktkundgebung. Zu dieser Zeit wurde die Zahl der anwesenden Teilnehmer auf ca. 1200 Personen geschätzt. Störungen von



Der Gipfel steht bevor

innen und/oder außen fanden nicht statt. Gegen 12.15 Uhr hielten sich ca. 500 militante Personen auf dem Neuen Markt auf und im Bereich der Steinstraße kam es erneut zu Durchbruchversuchen in Richtung Steintorkreuzung. Diesen massiven Aktionen konnte nur durch den Einsatz des RSG und des Schlagstockes entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, dass die Absperrung des Streckenschutzes vom Steintor über die Wallstraße bis hin zu den Wallanlagen/Ecke Schwaansche Straße sowie im Bereich des Bahnhofsviertels steht und beweissichere Festnahmen im Zusammenwirken mit den anderen Einsatzabschnitten angestrebt werden. Aus einer Gruppe militanter Störer heraus wurde ein Müllcontainer im Bereich Schwaansche Straße in Brand gesetzt und es gab erneut Durchbruchversuche durch 60 Personen des militanten Spektrums in der Graf-Schack-Straße. Gegen 13.30 Uhr wuchs die Zahl der Personen des linken, zum Teil militanten Spektrums in der E.-Barlach-Straße auf mehrere hundert. Der Zugang zur Kreuzung Steintor war durch Einsatzkräfte und -mittel des Einsatzabschnittes „Streckenschutz“ gesperrt. Durch Kräfte des Einsatzabschnittes „Streckenschutz“ konnten im Grünbewuchs der E.-Barlach-Straße sowie im Bereich des Steintores festgestellte Steindepots beseitigt werden.

Gegen 13.40 Uhr war die Auftaktkundgebung der NPD auf dem A.-Kossel-Platz beendet. Daraufhin begann der geplante Aufzug. Über den gesamten bisherigen Einsatzverlauf wurde durch Personen des augenscheinlich militanten Spektrums, in Splittergruppen unterschiedlicher Stärke agierend, versucht, entlang der Absperrung des Einsatzabschnittes „Streckenschutz“ auf Polizeikräfte einzuwirken und die Absperrlinie zu überwinden. Es wurden Sachbeschädigungen durch Feuer und Steinwürfe verursacht. Diese Störak-

tionen konnten durch die gezeigte Präsenz der Einsatzmittel und den flexiblen Einsatz der Raumschutzkräfte sowie der Kräfte des Einsatzabschnittes „Veranstaltungsschutz/DGB/Antifa“ an den bestehenden „Brennpunkten“ beendet, so dass der Versammlungsraum der NPD freigehalten wurde. Der NPD-Aufzug erreichte störungsfrei die August-Bebel-Straße, wo



Unsere BFE-Beamten – Wegführen eines Störers

im Bereich des Gewerkschaftshauses die Zwischenkundgebung stattfand. Bereits während der Zwischenkundgebung am Gewerkschaftshaus wuchs die Zahl militanter Störer in der Steinstraße auf ca. 500 und in der Ernst-Barlach-Straße auf ca. 1000 Personen. Diese waren zum Teil verumumt und begannen Steine aufzunehmen. Nachdem der Aufzug der NPD sich wieder in Bewegung gesetzt hatte, wuchs die Zahl der Störer in der Steinstraße ebenfalls auf ca. 1000 Personen an. Kurz vor Einbiegen des Aufzuges in die R.-Wagner-Straße kam es durch Störer in der E.-Barlach-Straße zu Flaschenwürfen in Richtung des Aufzuges NPD. Durch ein Vorziehen der Polizeikette erfolgte ein Abdrängen der Störer in östliche Richtung. Aufgrund der bereits im Vorfeld stattgefundenen Versuche, die Absperrung des Streckenschutzes im Bereich des Bahnhofsviertels zu durchbrechen, wurde die Abgangsrichtung E.-Barlach-Straße/Güterbahnhof/östliche Altstadt durch Polizeikräfte gesperrt, während der Aufzug der NPD den Friedrich-Engels-Platz erreichte und mit der zweiten Zwischenkundgebung begann. Durch Einsatzkräfte wurden in der Ernst-Barlach-Straße Festnahmen von erkannten Straftätern vorgenommen, nachdem es zu Steinwürfen und verbalen

Angriffen der zum Teil verumumten Personen in Richtung der Einsatzkräfte gekommen war.

17.04 Uhr erreichte der Aufzug der NPD den A.-Kossel-Platz. Hier begann die Abschlussveranstaltung. Bereits zu diesem Zeitpunkt verließen die ersten Versammlungsteilnehmer den Ort und reisten ohne weitere Störungen ab. Zeitgleich kam es bereits zu den ersten Abreisen von Personen des linken Spektrums mit der Deutschen Bahn AG. Aufgrund eines Defektes an der Beschallungsanlage der Bühne erklärte der Versammlungsleiter der NPD die Versammlung für beendet. Zu diesem Zeitpunkt hielten sich noch ca. 100 Teilnehmer im Bereich auf. Die weitere Abreise „Rechts“ und „Links“ gestaltete sich störungsfrei.

Durch den eingerichteten Stabsbereich 4 „Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit“ wurden im Vorwege und während des Einsatzes mittels Presseinformationen und Handzetteln die Öffentlichkeit und die (auswärtigen) Polizeikräfte mit den Verkehrsbeschränkungen sowie der Situation in und um die Stadt vertraut gemacht. An einem eigens eingerichteten Bürgertelefon wurden über 600 Anfragen der Bevölkerung entgegengenommen und nach bestem Wissen beantwortet.



Das Bürgertelefon wurde durch Frau Ihde (li.) und Frau Zinke betreut

Bilanz des Einsatzes:

- 106 vorläufige Festnahmen und 128 Ingewahrsamnahmen, davon 8 Teilnehmer der NPD-Versammlung
- 132 Platzverweise
- Einsatz von einfacher körperlicher Gewalt, Schlagstock, RSG und Diensthund als Zwangsmittel

- Einleitung von 157 EV, u.a. wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigung, Verstößen gegen das Versammlungs-, Waffen- sowie das Betäubungsmittelgesetz

Anmerkung: Für die Darstellung wurde u.a. auf den Abschlussbericht der PD Rostock zurückgegriffen. Ein besonderer Dank deshalb an Herrn PD Alpen und Herrn POK Galonski.

Im Folgenden schildern der Polizeiführer und drei verantwortliche Beamte die eigene Sichtweise auf das Erlebte. Dies lässt Erkenntnisse auf den Erfolg dieses Einsatzes zu.

Der Polizeiführer im Interview

Herr Qualmann, mit mehr als 4000 Polizistinnen und Polizisten war dieser Einsatz der größte der Landespolizei seit 1998. Können Sie ein erstes Resümee ziehen?

Qualmann: Das ausgewogene Konzept für den Polizeieinsatz anlässlich des Demonstrationsgeschehens am 01. Mai 2006 in Rostock hat sich bewährt und führte zum erfolgreichen Verlauf dieses Polizeieinsatzes. Durch die gewählte Einsatztaktik konnten gewalttätige Übergriffe einiger Störer auf ein Minimum reduziert werden. Dieser Erfolg ist keine Einzelleistung. Er ist Ergebnis einer exakten Lagebeurteilung durch den Vorbereitungsstab und des Zusammenwirkens aller unterstützenden und eingesetzten Kräfte.

4000 Polizisten im Einsatz stellen sicher auch eine logistische Herausforderung dar. Wie meisterte die Polizeidirektion diese Aufgabe?

Qualmann: Ich will es nicht verschweigen, dass uns nur ein relativ kurzer Vorbereitungszeitraum zur Verfügung stand und dass insbesondere die angemessene Unterbringung von mehreren tausend Einsatzkräften Probleme mit sich brachte. Beispielsweise waren auch 26 Pferde und sogar ein mitgereister Hufschmied unterzubringen.

Durch das hohe Engagement der mit den Aufgabenversorgung und Unterbringung betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Flexibilität gelang es uns, alle Probleme – manchmal buchstäblich in letzter Minute – zu lösen.

Wie gestaltete sich das von Ihnen erwähnte Zusammenwirken der Kräfte?

Qualmann: Bereits bei allen Vorbesprechungen erlebten wir ausnahmslos hoch motivierte Kräfte, die vor allem am Einsatztag gute polizeiliche Arbeit leisteten.



Kriminaldirektor Ernst Helmut Qualmann steht Rede und Antwort

Die Liste aller eingesetzten und unterstützenden Kräfte, an die sich mein ausdrücklicher Dank richtet, ist lang und ich glaube, dass sie hier dennoch unvollständig wäre. Neben der guten Zusammenarbeit mit den Polizistinnen und Polizisten aus den anderen Bundesländern sowie den Einsatzeinheiten und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Landespolizei möchte ich auch das sehr gute Zusammenwirken mit der Bundespolizei erwähnen. Die Zusammenarbeit mit dem Bundespolizeiamt Rostock hat meines Erachtens mit diesem Einsatz eine neue Qualität erreicht. Auch die unmittelbare Unterstützung, die wir durch die Staatsanwaltschaft Rostock und das Amtsgericht Rostock erhielten, möchte ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen.

Mit welchem Gefühl gehen Sie aus diesem Einsatz?

Qualmann: Mit dem sicheren Gefühl, am 01. Mai 2006 eine hohe Sicherheit und Ordnung in der Hansestadt gewährleistet zu haben. Bestärkt wird dieses Gefühl durch erste Einschätzungen des Innenmi-

nisteriums MV und anderer polizeilicher Fachleute, die den Einsatz vor Ort beobachteten und uns als fachliche Instanz professionelles Handeln und hohen Sachverstand bestätigten. Neue Herausforderungen liegen aber unmittelbar vor uns und so bewahrheitet sich der Satz: Nach dem Einsatz ist vor dem Einsatz.

Das Interview mit Kriminaldirektor Ernst Helmut Qualmann für das PJ führte Volker Werner.

Aus den Einsatzabschnitten (Auszüge)

1. Olaf Kühn, EA-Führer „Veranstaltungsschutz DGB/Antifa/Sonstige“

Für die Vorbereitung auf den Einsatz blieben uns knapp zwei Wochen Zeit. Dabei sahen wir die Schwerpunkte in:

- der Beurteilung der jeweiligen Aufzugsstrecken anhand der Gefahrenlage,
- der Erstellung des Einsatzabschnittbefehls mit dem dazugehörigen Kartenmaterial,
- der Erarbeitung eines Platzverweiskonzeptes und
- der logistischen Unterlegung der Aufgaben im Einsatzabschnitt.

Als vorteilhaft für den Einsatzabschnitt erwies sich die Entscheidung, die stationäre Befehlsstelle sowie die Bereithalteräume für den Einsatzabschnitt im Ostseestadion vorzusehen. Der FC Hansa Rostock gewährte der Polizei jegliche logistische Unterstützung. Das betraf insbesondere die Bereitstellung von Strom und Fernmeldeanschlüssen, die Nutzung des Sanitärbereiches sowie von Besprechungsräumen.

Ziel der Vorbereitungen im Einsatzabschnitt war gleichfalls, den unterstellten

BP-Abteilungen aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Hol-

stein sowie der Einsatzeinheit aus

Schwerin bereits am Donnerstag, den

29.04.2006

umfangreiche Einsatzmap-

pen an die Hand zu

geben, um eine intensive

Einweisung der Kräfte

vornehmen

zu können. In der 4-stündigen Einsatzabschnittsbesprechung wurden neben dem taktischen Vorgehen auch die rechtlichen Aspekte des Einsatzes erörtert.

Dies erfolgte vor dem Hintergrund noch anhängiger, rechtlicher Schritte der Anmelder gegen die Bescheide der Versammlungsbehörde.

Als besonders wertvoll erwies sich die „Vor-Ort-Besichtigung“ der Aufzugsstrecken des DGB, der Antifa I und II mit den Führungskräften des Einsatzabschnittes. So wurden das taktische Vorgehen an Brennpunkten besprochen und Varianten der Einsatzbewältigung abgestimmt.

Was den Einsatztag betrifft, so kann geschlussfolgert werden, dass aus Sicht meines Einsatzabschnittes das polizeiliche Einsatzkonzept mit seinen Bestandteilen Vorkontrollen, Begleitung, Präsenzpunktekonzert aufgegangen ist und dadurch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Lagern verhindert werden konnten. Das konsequente Einschreiten der Einsatzkräfte gegenüber den Störern war maßgeblich mitverantwortlich für den Erfolg des Einsatzes.

2. Hartmut Olthoff, UA-Führer „Gefangenensammelstelle“

Im Rahmen der Einsatzvorbereitung wurde festgelegt, dass fünf Gefangenensammelstellen (GeSa) einzurichten sind. So wurde unter anderem die GeSa 1 in der Sporthalle in der Ulmenstraße (Gelände der PI Rostock) aktiviert, die für die Aufnahme von Gefangenen des linken Spektrums männlichen Geschlechts vorgesehen war. Im Vorwege haben die Verantwortlichen für Technik und Logistik sowie für Information und Kommunikation der PI und der KPI Rostock mit dem eingesetzten GeSa-Leiter eine Rekognoszierung durchgeführt und besprochen, was für diesen Einsatz im Einzelnen notwendig ist.

Die Arbeitsbedingungen entsprachen den Erfordernissen, wenngleich insgesamt nur die Minimalanforderungen an einen GeSa-Betrieb erfüllt werden konnten.

Die Zuordnung der Einsatzkräfte zum 1. Mai verlief problemlos. Durch den GeSa-Leiter erfolgte nach der Überprüfung der Stärken eine Einweisung mit allen Kräften, so dass nun jeder Beamte wusste, welche Aufgabe er konkret zu erfüllen hatte. Kontrollen und Beseitigung von Schwierigkeiten wurden von den Verantwortlichen im Zusammenwirken mit den Beamten kurzfristig ohne große Diskussionen gelöst. Dabei wurden auch die Hinweise der Kol-



Besonnenheit statt Konfrontation

legen von der BP zu Fragen der Sicherheit und für den Ablauf der körperlichen Durchsuchung von Störern berücksichtigt. Durch das unkomplizierte und kollegiale Zusammenarbeiten aller Beamtinnen und Beamten konnte der Betrieb reibungslos gestaltet werden.

Erstmals praktiziert wurde die unmittelbare Zusammenarbeit mit Richtern und Staatsanwälten, die sich vor Ort in der GeSa aufhielten und durch ihre zügige und

kooperative Mitarbeit schnelle und rechtlich unantastbare Entscheidungen gewährleisten. Entsprechend den geführten Absprachen zwischen Richter, Hundertschaftsführer der BP und dem GeSa-Leiter konnten alle 101 in Gewahrsam genommenen Störer nach erfolgter Vernehmung richterlich gehört werden. Sogar einzelne Nachfragen von Rechtsanwälten wurden direkt durch den anwesenden Richter beantwortet.

3. Helmut Mack, Leiter Stabsbereich 3

Die Bereitstellung ortskundiger Beamter für die auswärtigen Kräfte war erstmalig Bestandteil der Einsatzkonzeption zum 01. Mai. Dafür hatte der Sachbereich 3 der PD Rostock die notwendigen Planungen vorgenommen.

Das Personalkonzept ging von 30 ortskundigen Beamten für die Betreuung der Abteilungen der auswärtigen Bundesländer sowie der Bundespolizei aus. Die OKBs – wie sie schnell genannt wurden – hatten die Aufgabe, so früh wie möglich mit den Kollegen aus den anderen Ländern Kontakt aufzunehmen und sie während ihres Aufenthaltes in Rostock zu begleiten.

Im Rahmen des Einsatzgeschehens wurden die Einheiten zu den entsprechenden Einsatzorten gelotst. Unsere Beamten verblieben größtenteils in den jeweiligen Unterkünften und waren so immer präsent. Die Übergabe von Stadtplänen, Informationsmaterial und Broschüren mit dem SOG MV wurde positiv aufgenommen. Die enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Stabsbereich 4, der „Einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit“, hat sich absolut bewährt. ■



Die mobile Gefangenensammelstelle

Fotos: Bierenbrodt, Schmidt, Stange

VORGESTELLT

Streiche BIP MV – Setze IpAF an der FHöVPR! Oder: sind Namen Schall und Rauch? (Teil 2)

Gedanken eines Autorenteam der FHöVPR

4. Fortbildung

Das umfangreiche Programm kann dem Fortbildungskatalog entnommen werden, der in LAPIS eingestellt ist. Fortbildung bleibt auch weiterhin ein Kernstück des neuen Instituts. 2006 sind für die 163 unterschiedlichen Themen der Fortbildungslehrgänge am IpAF, für externe und dezentrale Lehrgänge ca. 560.000 EURO geplant. Diese Lehrgänge werden auf Empfehlung des Bildungsbeirates, durch eine detaillierte Bedarfsanalyse und durch Bildungscontrolling, das neue Erkenntnisse und Erfahrungen verschafft, in die jährliche Fortbildungsplanung eingestellt. Exemplarisch sei die Entwicklung und Einführung von Fortbildungsmodulen für ausgewählte Dienstposten, berichtet Frau Wäntig, Leiterin der Lehrverwaltung. Bei-

spielsweise für Dienstgruppenleiter erfolgt die Fortbildung in folgenden Modulen:

- Modul I: Führungskräfte-Grundseminar
- Modul II: Kommunikation und Konfliktmanagement
- Modul III: Einsatzmaßnahmen bei Sofortlagen, Kräftegliederung
- Modul IV: Eingriffsmaßnahmen nach dem SOG M-V und der StPO

Ein weiterer Meilenstein wird die direkte Buchung der für die Fortbildung vorgesehenen Mitarbeiter der Behörden durch den jeweils zuständigen Sachbearbeiter Aus- und Fortbildung sein. An der Schaffung der dafür notwendigen technischen Voraussetzungen im LAPIS wird intensiv gearbeitet.

5. Serviceeinheit „Fachinformationsdienst (FID)“

Der Fachinformationsdienst, bereits seit 1999 in Betrieb, ist eher bekannt durch seine HOTLINE und seine in relativ kurzer Zeitfolge erscheinenden Fortbildungsbriefe rund um das Thema Recht und Taktik. Fragen nicht alltäglicher Natur aus der Polizeipraxis werden hier bearbeitet und schriftlich oder mündlich beantwortet, Recherchen in der Rechtsprechung vorgenommen, Tischvorlagen zu Dienstunterlagen erarbeitet und Kontakte zu anderen Landespolizeien, Polizeien anderer Staaten oder europäischen Einrichtungen hergestellt, um Auskünfte zu bestimmten Fragen zu erlangen. Dieser Anteil nimmt keine Sonderstellung in der Bildungseinheit des IpAF ein, sondern passt sich der



Frau Dr. Rauchert gratuliert KK Schröder zu dessen Ernennung, im Beisein von Staatssekretär Bosch und Abteilungsleiter Niehörster

Fortbildung durch z. T. individuellen Fernunterricht an. „Jede Antwort auf eine Frage fördert das persönliche Wissen des Fragenden,“ erklärt Rolf Matschinsky, Autor, Redakteur und Dozent. „Interessante Fragen und ihre Antworten werden entweder in besonderen Fortbildungsbriefen (Serie: Frage & Antwort) oder sporadisch in der INFO-LINE veröffentlicht und einer Vielzahl von Mitarbeitern zur Kenntnis gegeben.“ Um auf der einen Seite mit den Fortbildungsbriefen (mittlerweile mehr als 30 unterschiedliche Themen) eine große Anzahl von Mitarbeitern in Zukunft erreichen zu können und auf der anderen Seite Berge von Papier einsparen zu können (jährlich werden mehr als 10.000 Fortbildungsbriefe auf den Kurierweg gegeben), werden die Fortbildungsbriefe in naher Zukunft in LAPIS eingestellt. Der Zeitpunkt wird in der INFO-LINE bekannt gegeben. Von den meisten Polizeibeamten unbe-

merkt, arbeitet die Landesredaktion EXTRAPOL. PHK Anders und POK Fuge sind verantwortlich dafür, dass der Anteil der Informationen der Landespolizei MV in den polizeilichen Informationsdienst EXTRAPOL zu den unterschiedlichsten Themen eingestellt und damit bundesweit gelesen werden können. Sie bringen sowohl die Interessen des Landes hinsichtlich der Themenwahl als auch der Gestaltung in das Informationssystem ein. Angeschlossen sind alle Landespolizeien, die Bundespolizei, das BKA und demnächst auch der Zoll. Auch EXTRAPOL ist ein Medium des Fernunterrichts, in dem nahezu alle polizeilich relevanten Themen verarbeitet sind und gelesen werden können. Während in anderen Bundesländern jeder Mitarbeiter Zugang zu EXTRAPOL hat, müssen sich hier derzeit ca. 1.700 mit einem Zugang zu diesem wertvollen Informationsdienst begnügen. Diese verhältnismäßig geringe Zahl der Teilnahmeberechtigungen ist derzeit technisch bedingt, erfährt aber in naher Zukunft eine Veränderung.

6. Zentraler Auswahl- und Einstellungsdienst (ZAED)

In der FHöVPR ist der ZAED nicht mehr unmittelbar an das IpAF angebunden, sondern gehört zu den Zentralen Diensten. Dieser neuen Anbindung liegt eine Aufgabenerweiterung zugrunde, da der ZAED jetzt auch für die jährlichen Einstellungen in den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst zuständig ist. Den größten Umfang hat trotzdem die Arbeit für die Landespolizei MV. „Alle Einstellungs- und Aufstiegsauswahlverfahren im Be-

reich der Landespolizei,“ so Wolf Pansow, Leiter des ZAED, „werden weiterhin in enger Zusammenarbeit mit dem IpAF durchgeführt. In den Prüfungskommissionen der verschiedenen Verfahren sind nach wie vor Mitarbeiter der Polizeibehörden des Landes vertreten, um eine qualitativ hochwertige Personalauswahl zu sichern. Die Einstellungsverfahren für den mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst laufen jedes Jahr von September bis Juni. Bis Ende Januar 2006 wurden schon 718 Bewerberinnen und Bewerber geprüft, davon 466 für den mittleren und 252 für den gehobenen Dienst.“

Um mögliche terminliche Überschneidungen der Auswahlverfahren mit den Dienst- und Urlaubsplanungen der Behörden im Rahmen der besonderen Einsatzsituation der Fußball-WM zu vermeiden, sind in diesem Jahr die Aufstiegsverfahren nach § 10 und § 15 LVOPol M-V schon eher angelaufen. Weiterhin sind in diesem Jahr noch Auswahlverfahren für Interessenten einer Auslandsverwendung und für den Studiengang nach § 13 LVOPol M-V geplant.



„So einfach ist das mit EVA“, POM Ewert zu POMin Witting
Fotos: IpAF Güstrow



Zurück in der Heimat und durch den Staatssekretär Hartmut Bosch (2.v.r.) begrüßt

Polizeibeamte aus dem Kosovo zurückgekehrt

Am 07. April 2006 begrüßte Innenstaatssekretär Hartmut Bosch im Beisein des Inspektors der Polizei Rudolf Springstein sowie des Personalreferenten Dr. Stefan Metzger unsere drei Heimkehrer aus dem Kosovo. In einem anschließenden Gespräch würdigte er deren besonderes Engagement während ihres Einsatzes im Rahmen der Auslandsmission: „Ich bin mir bewusst, welche persönlichen Entbehrungen Sie auf sich genommen haben. Deshalb gilt Ihnen und Ihren Angehörigen mein ganz besonderer Dank!“

Bereits seit 1999 läuft im Kosovo die „United Nations Mission in Kosovo“ (UNMIK) und ebenso lange entsendet auch Mecklenburg-Vorpommern Polizeibeamte in dieses Gebiet, um dort die Befriedung und den Wiederaufbau der Provinz zu unterstützen. Mehrere Beamte des Landes waren inzwischen erfolgreich im Kosovo im Einsatz. Im März 2005 wurden durch Innenminister Dr. Gottfried Timm drei Beamte in die Region entsandt (das PJ 2/2005 berichtete).

Daraufhin begann für **Annett CZYBULKA** (PD Rostock), **Ralph WALDE** (PD Stralsund) und **Matthias BOLSMANN** (PD Schwerin) ein Jahr anstrengender, von zahlreichen Unwegbarkeiten begleiteter Dienst im Kosovo. Nach einer warm-up-Woche im Police Training Centre und den notwendigen Prüfungen durch die UN trennten sich ihre Wege. In unterschiedlichsten Dienststellen und Regionen lebte jeder von ihnen unter anderen Bedingungen und hatte so seine ganz eigene Mission.



UN-Funkstreifenwagen

So begann **Ralph WALDE** im Hauptquartier der Grenzpolizei in Prishtina seine Mission, wo er im sog. Bereich „Operations“ tätig war. Später bewarb er sich um eine Position im Grenzkontrollpunkt Vrbnica (an der albanischen Grenze) und war dort schon bald als stellv. Leiter (Deputy Station Commander) der Dienststelle tätig. Eine Aufgabe, die täglich neue und oftmals völlig unerwartete Herausforderungen mit sich brachte und vielleicht gerade deshalb besonders reizvoll war.

Annett CZYBULKA und Matthias BOLSMANN schildern nachfolgend dem Polizeijournal, wie sie ihre Zeit im Kosovo erlebt haben. Dies kann natürlich nur ein kurzer Abriss sein. Sollten sich für den Leser weitere Fragen ergeben, stehen die Beamten gern zur Verfügung.

Matthias BOLSMANN: Zu Beginn meines Einsatzes habe ich meinen Dienst in Mitrovica verrichtet, der größten Stadt im Norden des Kosovo, einer Stadt, in der die noch immer existierenden Gegensätze zwischen den Ethnien besonders offenkundig sind, denn die Stadt ist praktisch geteilt in einen von Albanern bewohnten Südteil und dem serbisch dominierten Norden. Hier habe ich zunächst im Bereich „Community Police“ (polizeiliche Einheit mit besonderer Zuständigkeit für ethnische Problemgebiete) gearbeitet.

Wenig später wechselte ich in das sog. Monitoring, einem System zur Kontrolle und Verbesserung der Arbeit der lokalen Polizei, die mittlerweile über weite Strecken in die Eigenverantwortlichkeit „entlassen“ wurde und deren Kontrolle nachfolgend durch internationale Polizeibeamte erfolgte, die rund um die Uhr, also in einem parallel existierenden Schichtsystem, die Tätigkeit der Dienstseinheiten begleiten.

Zwei Monate später bewarb ich mich dann auf die Position eines Ermittlers in der „Serious Crime Investigation Section“ (SCIS), früheren Missionsteilnehmern besser bekannt als „Central Criminal Investigation Unit“ (CCIU). Aufgabe dieser Einheit waren kosovoweite Ermittlungen zu schweren Straftaten, z.B. Morden oder Geiselnahmen, insbesondere aber Sachverhalten mit besonderer politischer Brisanz, wie politisch und/oder ethnisch motivierten Anschlägen gegen Personen oder Objekte.

Nun sind Ermittlungen in einem Balkanland mit den dort vorherrschenden Mentalitäten grundsätzlich schwierig, denn man redet hier nicht wirklich gern mit der Polizei, es sei denn, man kann sie für seine politischen Zwecke missbrauchen.

Sprachliche Probleme verkomplizieren die Sache naturgemäß noch mehr. So sprechen Zeugen oder Beschuldigte i.d.R. Serbisch oder Albanisch, stets anwesende Dolmetscher übersetzen, was sie verstehen und für Wesentlich halten, ins Englische, der internationale Ermittler wiederum tut sein Bestes, um diese Übersetzung zu verstehen und anschließend adäquat zu Papier zu bringen, in Englisch selbstredend. Welche Informationen andere Beteiligte, z.B. Kollegen aus Frankreich, Russland oder Bangladesch oder der Staatsanwalt aus Italien diesem Schriftstück entnehmen und inwieweit die bis dahin übermittelte Information mit der Realität



Ermittler vom SCIS

übereinstimmt, liegt also nicht nur am Zeugen selbst.

Die politische Brisanz mancher Sachverhalte machte die Arbeit in aller Regel darüber hinaus kompliziert. Einer der von uns zu bearbeitenden Fälle hatte den Anschlag auf vier junge serbische Männer zum Gegenstand, zwei der Männer starben im Kugelhagel einer AK-47. Zwei Jahre zuvor hatte der Ertrinkungstod zweier Kinder zu den bislang schwersten Ausschreitungen seit Jahren im Kosovo geführt. Vor diesem Hintergrund kann man sich leicht vorstellen, was gezielte Mordanschläge auf die serbische Minderheit im Kosovo auslösen können. Sämtliche Medien überschlugen sich mit Schuldzuweisungen, insbesondere gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit, aber auch gegen die Vereinten Nationen, die nicht in der Lage oder Willens seien, die serbische Minderheit vor ethnisch motivierten Straftaten zu beschützen. Der Police Commis-



Anfahrt eines Konvois zur einer Festnahme- und Durchsuchungsaktion

sioner ließ sich permanent von uns über die Ermittlungen berichten oder griff direkt in sie ein, leider nicht immer zum Vorteil der Ermittlungen. Letztendlich ergaben die Ermittlungen, dass die Opfer in Drogengeschäften verwickelt und die Taten eben nicht ethnisch motiviert waren.

Die Arbeit mit Ermittlern aus fast 20 Nationen war Herausforderung und Erfahrung zugleich, die ich nicht missen möchte. Besonders beeindruckend waren stets die „Operations“, also Festnahmen oder Durchsuchungen, die aufgrund der Umstände fast immer mit gigantischem Kräfteinsatz und unter Beteiligung von Spezialeinheiten und Militär durchgeführt wurden.

Dennoch habe ich in den letzten vier Monaten die einmalige Chance genutzt, die Arbeit einer neuen Dienststelle kennenzulernen, die beim „Department of Organized Crime“ angesiedelt war, dem sog. „Fugitive Investigation Support Team“. Die Arbeit dort lässt sich mit der deutschen Zielfahndungsdienststellen vergleichen. Wir beschäftigten uns darüber hinaus auch mit Fragen der Auslieferung. In dieser Dienststelle trafen Annett und ich dann wieder aufeinander, denn sie war schon seit Juli in dieser Einheit tätig.



Polizeistation Gjakova

Annett CZYBULKA: Richtig. Ich wurde zunächst in die Region Peja versetzt und unterstützte die Polizeistation Gjakova bei der Übergabe der Verantwortung von der UN-Polizei an den Kosovo Police Service (KPS). In dieser Station war ich bereits während meines ersten Einsatzes 2003 tätig und konnte so meine Erfahrungen bestens einbringen.

Nachdem „meine“ Station übergeben worden war, habe ich mich nach einer neuen Herausforderung umgesehen und die Zielfahndung gewählt. Keine leichte Entscheidung, denn bei den etwa 40 Zielpersonen handelte es sich um sog. High-Risk-Criminals und um Kriegsverbrecher. Diese wurden von unserer kleinen Einheit (2 Norweger, 2 Deutsche) sowohl im Kosovo als auch im „Ausland“ mit Hilfe der dortigen Behörden verfolgt, lokalisiert und teilweise auch festgenommen. Aufgrund des immer noch ungeklärten rechtlichen Status des Kosovo sowie der somit fehlenden vollfunktionsfähigen Strafverfolgungs-

strukturen ist dieses Land ein relativ idealer Unterschlupf für Kriminelle aller Art. Aus diesem Grund bildete die Grundlage des Erfolgs stets eine enge Zusammenarbeit mit den Polizei-Spezialdienststellen (wie MEK, SEK, VP-Führung, TKÜ), INTERPOL, dem Department of Justice, den KFOR-Truppen sowie lokalen Staatsanwaltschaften und Gerichten. Erfolge waren z. B. Auslieferungsabkommen mit Norwegen und Großbritannien.

Der Arbeitsalltag in einer derartigen Mission ist kaum mit dem hiesigen zu vergleichen. Es gibt keine Wochenenden. Freizeitmöglichkeiten sind nur beschränkt vorhanden. Der Kontakt zu Freunden, Kollegen, Familienmitgliedern ist stark eingeschränkt und die Lebensumstände in so einem Land erfordern starke Nerven. Das fängt mit dem Straßenverkehr an, geht über das Ertragen von täglich mehrmaligen Stromausfällen, der allgegenwärtigen Umweltverschmutzung, der Armut der Bevölkerung, der Kriminalität, Korruption auf allen Ebenen und endet auch nicht mit der ausgeprägten Bürokratie einer Organisation wie der UNO. Wir alle haben ein extrem intensives Jahr erlebt und die Verarbeitung der unendlich vielen Eindrücke ist auch jetzt mit der Rückkehr in das ‚alte Leben‘ nicht abgeschlossen. Einige unserer Kollegen haben sich bereits vor Ende der 12 Monate entschlossen, die Mission abzubrechen.

Die Zeit in so einem Einsatz verändert jeden. Jeder nimmt ‚seine Mission‘ anders wahr, bekommt neue Sichtweisen, neue Denkansätze, empfindet ein anderes Sicherheitsbewusstsein, ändert Prioritäten, Wertvorstellungen, gewinnt Freunde und unschätzbare Erfahrungen.

Man bezeichnet uns gern als ‚Diplomaten in Uniform‘, wenn wir auf Auslandseinsätze geschickt werden. Und ohne Diplomatie geht es nicht. Das kann ich auch dahingehend bestätigen, dass man als Frau (und Polizistin) ganz andere Grenzen erlebt als im Alltag in Deutschland. So gibt es z. B. häufig Akzeptanzprobleme von Kollegen aus Nationen, in denen die Frau weder im Privaten noch im



Kraftwerk Obelic, Müllverbrennung statt Braunkohle als Alternative?

Beruf gleichgestellt ist. Oder auch im Umgang mit Einheimischen (gerade in den stark traditionell geprägten ländlichen Bereichen), denen die Aufrechterhaltung der alten Werte und das Befolgen ungeschriebener Gesetze wichtiger sind als moderne Gleichberechtigung.

Keiner von uns hat seine Entscheidung bereut und wir möchten diese Möglichkeit nutzen, allen interessierten Kollegen unsere Unterstützung anzubieten. Wenn jemand Fragen hat oder einfach nur Interesse an unseren Erlebnissen, sind wir jederzeit ansprechbar. Wir würden uns freuen, wenn dadurch die Möglichkeit einer Auslandsverwendung im Polizeidienst die erforderliche Beachtung erfährt. Gleichfalls nutzen wir über das Polizei-Journal auch nochmals die Möglichkeit, um uns bei Christine Nünemann aus dem Innenministerium, Referat 420-1, zu bedanken. Sie stand uns über den gesamten Zeitraum beratend und unterstützend zur Seite. ■



Annett Czybulka (Bildmitte) und Matthias Bolsmann bedanken sich bei Christine Nünemann mit einem Überraschungsgeschenk Fotos: Bolsmann, Czybulka, Stange

Innenminister Timm eröffnet Bäderdienstsaison und verabschiedet unsere Polizeibeamten zum Unterstützungseinsatz für die Fußball-WM 2006

Stephan Stange, Innenministerium MV, II 430I

Auch im WM-Jahr 2006 wird unsere Landespolizei mit ihrem inzwischen zur Tradition gewordenen Bäderdienst das Urlaubsland zwischen Ostseestrand und Mecklenburger Seenplatte sicherer machen. Wie schon in den Jahren zuvor, werden ca. 200 Polizeibeamtinnen und -beamte in den Urlaubsregionen eingesetzt. Schon im Vorfeld des Bäderdienstes haben die Verantwortlichen des Tourismusgewerbes und der Polizei eng zusammengearbeitet und die Schwerpunkte polizeilicher Tätigkeit bestimmt. Dabei halfen auch die gesammelten Erfahrungen der Vorjahre. „Unsere Polizeibeamten werden sich auch im 15. Jahr seit Einrichtung des Bäderdienstes hoch motiviert für ein sicheres Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Trotz erheblicher zusätzlicher Aufgaben zur Absicherung von Großeinsätzen während der Fußball-Weltmeisterschaft, des Besuches des amerikanischen Präsidenten und der Jugendtage von Prora werden wir dort, wo es erforderlich ist, präsent sein. Alle Urlauber und Einheimischen sollen sich in Mecklenburg-Vorpommern sicher fühlen“, führte Innenminister Dr. Gottfried Timm anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Bäderdienstsaison am 12. Mai 2006 im Yachthafen Kühlungsborn aus. Um dieses ehrgeizige Ziel zu verwirklichen werden vom 17. Mai bis zum 10. September 2006 aus den Polizeidirektionen und aus der Bereitschaftspolizei Beamte in die entsprechenden Reviere umgesetzt. Dabei werden in bewährter Art

und Weise die Streifen im Bereich der Strände, Uferpromenaden und Einkaufspassagen unterwegs sein. Aber auch die Zeltplätze geraten vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden in den Blickwinkel der Polizisten. „So können wir zielgerichtet ruhestörendem Lärm und Straftaten wie Sachbeschädigungen, Körperverletzungen oder Landfriedensbruch vorbeugen und begegnen“, erklärte der Innenminister.



Innenminister Timm macht POM Rene Möbius (li.) symbolisch zum Bäderdienstbeamten, was POM Stefan Saß sichtlich erheitert

Neben dem Bäderdienst stellt auch der polizeiliche Einsatz während der WM 2006 für die Landespolizei eine besondere Herausforderung dar. Obwohl MV weder Austragungsort ist noch Mannschaften hier Quartier beziehen, laufen vielfältige Unterstützungsmaßnahmen. Aus diesem Grund verabschiedete Innenminister Dr. Timm unmittelbar vor der Eröffnung des Bäderdienstes drei Polizeibeamtinnen und sechs Polizeibeamte zur Unterstützung

der „Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze/WM 2006“ (ZIS) beim LKA Nordrhein-Westfalen. Sie werden u.a. im Bereich der Informationssammlung, -auswertung und -weitergabe, als Verbindungs- und Begleitbeamte für die Mannschaften aus Polen, der Schweiz und Trinidad/Tobago sowie als szenekundige Beamte im Bereich des Deutschen Fanaufkommens tätig werden.

„Unsere Beamten waren bislang in den Polizeidirektionen Rostock und Anklam tätig und verfügen über umfangreiche Einsatzerfahrungen bei der Bewältigung von Fußballgroßeinsätzen. Zusätzlich wurden sie in mehrmonatigen Fortbildungsmaßnahmen auf ihren wichtigen Einsatz vorbereitet. Ich bin überzeugt, dass sie routiniert und professionell ihren Dienst verrichten und würdige Botschafter unserer Landespolizei sind. Ich wünsche Ihnen besten Erfolg“, erklärte der Minister. ■



Innenminister Dr. Timm (2.v.l.) im Kreise der WM-Beamten Fotos: PD Rostock, Werner

MINISTERIUM AKTUELL

Personalveränderungen im höheren Dienst der Landespolizei

Christine Nünemann, IM MV, II 420f

Im höheren Dienst der Landespolizei MV sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

1. Personalmaßnahmen im Zusammenhang mit Weltwirtschaftsgipfel G8 2007 in Heiligendamm

POR Gunnar Mächler,

Leiter PI Greifswald:

mit Wirkung vom 03.04.2006 bis auf Weiteres zur PD Rostock abgeordnet und mit der Leitung des Einsatzabschnittes Öffentlichkeitsarbeit der BAO „Kavala“ in der PD Rostock beauftragt; während dieser Zeit von seinen Dienstgeschäften als Leiter der PI Greifswald entbunden.

KR Hanno Lüders,

Leiter Dez. 31 im LKA MV:
mit Wirkung vom 18.04.2006 zur PD Rostock abgeordnet und mit der Leitung des Einsatzabschnitts „Aufklärung“ der BAO „Kavala“ in der PD Rostock beauftragt; während dieser Zeit von seinen Dienstgeschäften als Leiter des Dezernates 31 im LKA MV entbunden.

2. Umsetzungen:

PR Jens Hildebrandt,

Leiter Polizeirevier Pasewalk:
mit Wirkung vom 03.04.2006 bis auf Weiteres innerhalb der Polizeidirektion Anklam zur PI Greifswald umgesetzt und mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Leiters der PI Greifswald beauftragt.

3. Beförderungen

Durch Innenminister Dr. Gottfried Timm wurden am 04. April 2006 befördert:

PR Dr. Michael Peters

PD Rostock zum POR

KR Jens Bögelmann

LKA MV zum KOR

PR Christian Eichwitz

PD Schwerin zum POR

KR Johannes Kanski

IM MV zum KOR

Die Redaktion des PJ übermittelt dazu die herzlichsten Glückwünsche.



v.l. POR Dr. Michael Peters, KOR Jens Bögelmann, POR Christian Eichwitz, Innenminister Dr. Gottfried Timm und KOR Johannes Kanski Foto: Stange

Weitere 200 Fahrzeuge für unsere Landespolizei oder warum Leasing möglicherweise doch sinnvoll sein kann

Susanne Bielenberg, Innenministerium MV, II 410

Nach den 150 Leasingfahrzeugen, die sich seit Juli/August 2005 in den Behörden in Betrieb befinden, werden derzeit landesweit weitere 200 Fahrzeuge ausgeliefert. Damit befindet sich die Konzeption des Innenministeriums, den veralteten Fuhrpark der Landespolizei in einem kurzen Zeitraum durch moderne, den Anforderungen der Eigensicherung entsprechende Fahrzeuge zu erneuern, in einer weiteren entscheidenden Umsetzungsphase.

Die kritischen Äußerungen, mit denen in der Landespolizei die Umstellung des Fuhrparks auf Leasing begleitet werden, sowie die Kritik des Landesrechnungshofs an der Leasingkonzeption des Innenministeriums sind Veranlassung zu einigen grundsätzlichen Anmerkungen:

Das Innenministerium hat die Leasingkonzeption nicht deshalb entwickelt, weil Leasing „modern“ ist oder weil „andere Bundesländer dies auch so machen“. Die Umstellung eines erheblichen Teils des Fuhrparks der Landespolizei von Kauf auf Leasing war vielmehr ein Gebot der Stunde, um den Bedarf der Landespolizei mit insgesamt 1.300 Fahrzeugen zu erfüllen. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel hätten pro Jahr nur ca. 100 Fahrzeuge, die die Aussonderungskriterien nach der Dienstkraftfahrzeugrichtlinie erfüllten, ersetzt

werden können. Pro Jahr „wuchsen“ aber deutlich mehr Fahrzeuge „in die Aussonderung hinein“. Bei gleicher Investitionssumme wären bei Fortführung des „Kaufmodells“ Anfang 2007 ca. 400 Fahrzeuge „aussonderungsreif“ gewesen. Diese Fahrzeuge hätten entweder ersatzlos stillgelegt werden müssen, mit der Folge, dass die polizeiliche Aufgabenerfüllung



Der neue Vito

in erheblichem Maße beeinträchtigt worden wäre, oder aber sie hätten weiter betrieben werden müssen, mit der Folge, dass Fahrzeuge weiter genutzt worden wären, die den heute üblichen Mindestanforderungen an ein sicheres Fahrzeug nicht entsprochen hätten. Beide Alternativen stellten für das Innenministerium keinen gangbaren Weg dar. Polizeivoll-

zugsbeamte, von denen erwartet wird, dass sie im Ernstfall ihre Gesundheit und ggf. auch ihr Leben für andere einsetzen, haben einen Anspruch darauf, dass der Dienstherr einen sicheren „Arbeitsplatz Fahrzeug“ zur Verfügung stellt.

Nachdem die Umstellung auf Leasing konzeptionell mit dem Finanzministerium abgestimmt worden war, hat das (ehemalige) ATB gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein auf der Grundlage der VOL/A eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In jedem Los (ein Los entspricht einer Fahrzeugkategorie) wurde sowohl die Kauf- als auch die Leasingvariante geprüft. Im Ergebnis war in jedem Los Leasing wirtschaftlicher als Kauf.

Damit war die Prognose des Innenministeriums, dass Leasing wirtschaftlicher sein würde als Kauf, vollumfänglich bestätigt.

Die Anforderungen an Dienstkraftfahrzeuge dürfen nach den für Ausschreibungen maßgeblichen Grundsätzen nur nach abstrakten Leistungsmerkmalen bestimmt werden, d.h., die Ausschreibung darf z.B. nicht auf einen bestimmten Hersteller oder Fahrzeugtyp „zugeschnitten“ sein. Unbestritten gibt es subjektive und

auch objektiv begründbare „Vorlieben“ für den einen oder den anderen Hersteller, was aber bei der Bewertung des wirtschaftlichsten Angebots keine Rolle spielen darf, sofern die abstrakten Leistungsmerkmale erfüllt sind. Unter diesen Rahmenbedingungen sind bei der Ausschreibung der Dienstkraftfahrzeuge für die Landespolizei MV die Angebote von Volkswagen und Daimler/Chrysler bezugschlagend worden.

Die neuen Dienstkraftfahrzeuge verfügen z.B. über die folgenden technischen bzw. sicherheitstechnischen Vorteile:

- leistungsstarke, moderne Dieselmotorentechnik mit Automatikgetriebe,
- moderne Brems- und Bremsassistentensysteme, wie z.B. Traktionskontrolle und Antiblockiersystem,
- Fahrer-, Beifahrerairbag,
- ergonomisch optimierte Gestaltung der Sitze und der Fahrgastzelle,
- Erhöhung der Erkennbarkeit der Funkstreifenwagen durch veränderte Farbgestaltung mit retroreflektierenden Folien,
- moderne Anhaltesignalgeber als Standardausrüstung und
- handelsübliche Zusatzausstattungen wie Zentralverriegelung, Scheibenheizung, Klimaanlage.

Trotz der Zielrichtung des Innenministeriums, den „Arbeitsplatz Dienstkraftfahrzeug“ für die Polizeivollzugsbeamten sicher zu gestalten, wurde die Einführung des Leasings kritisiert. Dabei richtet sich die Kritik gegen das Leasing insgesamt und nicht nur gegen die mit der Leasingkonzeption verbundene Auflösung polizeieigener Werkstätten. Aus der Sicht des Innenministeriums hält die Kritik einer Prüfung nicht stand. Einige Beispiele mögen dies belegen:

1. Es wird z.B. kritisiert, dass in Leasingfahrzeugen nicht geraucht werden dürfe, obwohl dies nach den Vorschriften der Dienstkraftfahrzeugrichtlinie auch bei Kauffahrzeugen nicht erlaubt ist.
2. Nach Auflösung der polizeieigenen Werkstatt müsse die Polizei in Neubrandenburg nunmehr 50 km zur nächsten Werkstatt (nach Anklam?) fahren; eine Aussage, die nicht nachvollziehbar ist, da Dienstkraftfahrzeuge – auch Leasingfahrzeuge – in jeder Fachwerkstatt repariert/betretet werden dürfen.
3. In einem Artikel heißt es, dass Leasingfahrzeuge lange, zum Teil über 5 Wochen, in Vertragswerkstätten stünden. Das Innenministerium ist der Angele-

genheit nachgegangen und hat festgestellt, dass dieser – verallgemeinerten – Aussage offensichtlich ein Einzelfall zugrunde liegt, in dem ein Leasingfahrzeug wegen Lieferschwierigkeiten eines für den Funk erforderlichen Verbindungskabels 5 Wochen nicht verfügbar war. Mit dem Leasinggeber konnte vereinbart werden, dass die Zahlung der Leasingraten erst nach Einbau des Kabels beginnt.

Der Landesrechnungshof hat die Leasingkonzeption des Innenministeriums geprüft und dessen Wirtschaftlichkeitsrechnungen kritisiert. Dabei lässt der Landesrechnungshof das Ausschreibungsverfahren und dessen Ergebnis (Wirtschaftlichkeit des Leasing)



Niederlassungsleiter Andreas Dornbusch (r.) wünscht POM Frank Sopuschek allzeit gute Fahrt

sings gegenüber dem Kauf in jedem Los) unberücksichtigt. Zuvor hatte der Landesrechnungshof in mehreren Prüfungsmitteilungen festgestellt, dass der Fuhrpark der Landespolizei aufgrund Überalterung und des dadurch bedingten hohen Reparaturaufwands unwirtschaftlich betrieben werde und nachdrücklich gefordert, zu prüfen, ob Leasing wirtschaftlicher sei als Kauf. Das Innenministerium ist in seiner Stellungnahme zur Prüfungsmitteilung der Auffassung des Landesrechnungshofs entgegengetreten. Eine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte konnte nicht erreicht werden. Das Innenministerium hat insbesondere an seiner Auffassung festgehalten, dass auch die Einsparungen aufgrund der Auflösung polizeieigener Werkstätten in den Wirtschaftlichkeitsvergleich Kauf/Leasing mit einbezogen werden durften, da die Werkstattfrage in einem unmittelbaren Sachzusammenhang zur Finanzierungsform stehe. Das Innenministerium ist der Auffassung, dass sich die Auslastung der Werkstätten bei 600 Lea-

singfahrzeugen in erheblichem Maße reduzieren wird, so dass die Werkstätten nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Die Leasingkonzeption geht daher davon aus, dass die polizeieigenen Werkstätten bis 2008 auf eine Zentralwerkstatt zurückgeführt werden können. Die Werkstätten in Stralsund und Neubrandenburg sind bereits aufgelöst worden. Die Werkstatt in Rostock wird zum 1. August 2007 und die Werkstatt in Anklam zum 1. Januar 2008 aufgelöst.

Ob die Kritik des Landesrechnungshofs, das Innenministerium habe die Kosten für das „Beulengeld“ und für „Wartung/Instandhaltung“ zu niedrig angesetzt, berechtigt ist, wird die Erfahrung zeigen. Die Höhe des sog. „Beulengelds“ wird auch entscheidend davon abhängen, wie die Polizeivollzugsbeamten vor Ort mit den Leasingfahrzeugen umgehen. Dabei geht es, wie auch den Erfahrungen anderer Bundesländer zu entnehmen ist, nicht darum, dass eine einsatzbedingte Nutzung des Fahrzeugs nur eingeschränkt möglich wäre. In erster Linie sind Beeinträchtigungen des Fahrzeugs durch Rauchen, Essen und Trinken zu vermeiden.

Kein Verständnis verdienen Polizeivollzugsbeamte, die, wie einem Bericht des LPBK zu entnehmen ist, private Radios unsachgemäß im Fahrzeug befestigen und dadurch die Fahrzeugschubstanz beschädigen. Insoweit kommt dem Verantwortungsgefühl und -verständnis des einzelnen Polizeivollzugsbeamten beim Umgang mit Leasingfahrzeugen eine besondere Bedeutung zu. ■



Innenminister Dr. Gottfried Timm überzeugt sich von der Qualität der Fahrzeuge
Fotoquelle: LPBK MV

15 Jahre Mobiles Einsatzkommando MV

Wilfried Kapischke, Landeskriminalamt MV



Ein Koffer voller Geschichte

Abgesehen von der sehr unregelmäßigen Dienstzeit, dem Einsatz von mehr als zwölf Stunden pro Tag, den drei bis vier Tagen in der Woche – manchmal auch mehr –, an denen man seine Familie nicht sieht, den Einsätzen am Wochenende sowie der im Rhythmus von zwei Wochen anfallenden Bereitschaft, ist der Job beim MEK völlig gewöhnlich. Wer hier gern und freiwillig seinen Dienst versieht, muss schon in gewisser Weise ein Idealist und Wahnsinniger zugleich sein. Seit nunmehr 15 Jahren arbeitet das Mobile Einsatzkommando Mecklenburg-Vorpommern gegen das Organisierte Verbrechen, gegen Bankräuber, Dealer, Erpresser, Geiselnnehmer oder Entführer. Auf diesen Gebieten ist das Mobile Einsatzkommando MV eine starke und nicht mehr wegzudenkende Einheit.

Inhaltlich und kurz zusammen gefasst sind dies Auszüge aus der Eröffnungsrede von PR Ralf Becker, Kommandoführer des MEK MV, anlässlich des 15-jährigen Jubiläums des Mobilien Einsatzkommandos.

Aus Anlass dieses Bestehens fand am 23. Februar 2006 im Seglerheim Schwerin eine offizielle Feierstunde statt. Die inzwischen fast 40 Beamten des MEK wollten mit dieser kleinen Feier ihrer inneren Verbundenheit zum und ihrer festen Verankerung im Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern Ausdruck verleihen. Zu den vielen Gästen zählten unter anderem der Leiter des Landeskriminalamtes, Herr Professor Ingmar Weitemeier, die Abteilungsleiter des Landeskriminalamtes, der Kommandoführer des SEK, aber auch der ehemalige Leiter des Kommandos, Herr Bernd Knitter sowie viele ehemalige Mitarbeiter des Mobilien Einsatzkommandos Mecklenburg-Vorpommerns.



Die Band heizt mächtig ein Foto: LKA MV

Während des offiziellen Teils der Veranstaltung wurden durch die Redner noch einmal die vergangenen 15 Jahre beleuchtet und die besondere Stellung und Verantwortung der gesamten Einheit und des Einzelnen hervorgehoben. Dabei gehörten auch kritische Bemerkungen in Bezug auf Personalstärke und technische Ausstattung, gerade vor dem Hintergrund bevorstehender Großereignisse, genannt sei hier die Fußballweltmeisterschaft 2006 und der G-8 Gipfel 2007 in Heiligendamm, zum Inhalt der Ansprachen. Im Anschluss an die Gastredner wurden durch den Kommandoführer Glückwünsche und Geschenke entgegen genommen und das leckere Büfett eröffnet.

Highlights der gelungenen Veranstaltung waren ein eigens kreierte Musikvideo und der Auftritt einer Live-Band, deren Sänger Mitarbeiter des Mobilien Einsatzkommandos ist.

Auf das 20-jährige Jubiläum darf man gespannt sein ... und erst das 25-jährige ... Die Philosophie und der Grundsatz bleiben, getreu einem Zitat von Hermann Hesse, jedoch immer erhalten:

„Damit das Mögliche entsteht, muss immer das Unmögliche versucht werden.“ ■

Sanierung der Wasserschutzpolizeiinspektion Waren beendet

Ulf Erler, WSPD MV

Die umfangreichen Baumaßnahmen am Gebäude und der Liegenschaft der Wasserschutzpolizeiinspektion Waren sind nach vier Jahren beendet. „Mit Beendigung der Arbeiten steht den Beamten der Wasserschutzpolizei eine moderne Einrichtung zur Verfügung, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen deutlich verbessert“ stellte Innenminister Dr. Gottfried Timm am 19. April 2006 bei der offiziellen Übergabe der modernisierten Liegenschaft fest.

Begonnen hatte die Sanierung bereits im Jahr 2002 mit dem Umbau des Dienstgebäudes. Anfang dieses Jahres wurden schließlich die Außenanlagen mit Bootschuppen, Garagen und Zufahrt fertig gestellt. Nach der langen Bautätigkeit kann jetzt die gesamte, modernisierte Liegenschaft genutzt werden. Innenminister Dr.

Timm stellte vor den geladenen Gästen und Gratulanten zufrieden fest, dass sich mit dem Umbau nicht nur das Arbeitsumfeld für die Beamten verbessert habe, sondern auch eine bürgerfreundliche und behindertengerechte Polizeidienststelle entstanden sei. Etwa 640 000 € wurden vom Land in den Umbau investiert. Dies sei insbesondere in Zeiten knapper Kassen beachtenswert.

Gleichzeitig nahm der Minister diesen Termin bei der Wasserschutzpolizei zum Anlass, das Unfallgeschehen der vergangenen Saison auszuwerten. „Schwerpunkte bei den Unfallursachen auf dem Wasser



Innenminister Dr. Timm (li.) besichtigt von Bord aus das Hafengelände der WSPI Foto: Wüstemann

sind mangelnde Seemannschaft und Alkohol am Ruder, aber oftmals auch purer Leichtsin. Da haben unsere Polizeibeamten auch in dieser Saison viel präventive und repressive Arbeit zu leisten. An unserer herrlichen Ostseeküste und auf den tollen Binnenseen sollen sich alle Wassersportler und Touristen sicher fühlen.“

Zentralarchiv der Landespolizei feiert Geburtstag

Ute Wienecke, LPBK Stabsstelle Controlling

Von vielen unbemerkt, feiert ein Arbeitsbereich im Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPBK) sein zehnjähriges Jubiläum. Das Zentralarchiv – da vermutet so mancher zunächst einen etwas langweiligen und verstaubten Arbeitsplatz. Doch wer die agile, immer freundliche und hilfsbereite Leiterin des Archivs, Frau Ute Ahrendt, kennt, hat da schon seine Zweifel. Für mich Anlass genug, die ausgebildete Archivarin einmal in den Kellerräumen des Schweriner Polizeizentrums in der Graf-York-Straße zu besuchen und die Angelegenheit zu hinterfragen.

Wienecke: Warum hat die Polizei ein eigenes Zentralarchiv?

Frau Ahrendt: Jeder kennt den Spruch: „Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare.“ Tatsächlich kann in unserer Zeit keine funktionierende Verwaltung auf eine ordnungsgemäße Schriftguterfassung und -verwahrung verzichten. Deshalb wurde mit Erlass über das Archiv- und Schriftgutwesen der Landespolizei vom 31. Mai 1996 die Einrichtung eines Zentralen Archivs der Landespolizei verfügt.



zwei Beispiele vorhandener Literatur

Wienecke: Hatte denn die damals noch relativ junge Landespolizei schon soviel Papier produziert?

Frau Ahrendt: Ja und nein. Ein großer Teil des zu sichtenden und zu archivierenden Schriftgutes stammte damals aus den Polizeibehörden der DDR. Die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen beim Aufbau der Landespolizei ließen zunächst keine Zeit übrig für eine geordnete Abwicklung dieser Hinterlassenschaften der Deutschen Volkspolizei. Vielmehr wurden die damaligen Archive ohne besondere Sichtung verschlossen und so weitestgehend

vor dem Zugriff Dritter gesichert.

Wienecke: Erinnern Sie sich noch daran, wie viel sich da angesammelt hatte?

Frau Ahrendt: Die Altbestände aus den Archiven der Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei der Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg beliefen sich auf ca. 3.000 lfd. Meter Akten. Diese wurden zunächst in Garagen im Objekt Neumühle in Schwerin zusammengeführt. Dazu kamen damals bereits 2.164 lfd. Meter Schriftgut der Landespolizei aus den Jahren 1991-1996.

Wienecke: Lagerung von Archivgut in Garagen – blutet da einer Archivarin nicht das Herz?

Frau Ahrendt: Die Arbeitsbedingungen waren eine echte Zumutung und eine fachgerechte Aufarbeitung gestaltete sich äußerst schwer. Gleichzeitig bestand immer die Gefahr, dass unwiederbringliche Dokumente unter diesen Umständen beschädigt oder gar vernichtet wurden. Umso stolzer waren wir, als die Aufarbeitung Ende 1998 im Wesentlichen abgeschlossen werden konnte. Seit Mai 2002 können wir unsere Arbeit in angemessenen Räumlichkeiten (rd. 360 qm Nutzfläche) mit dem klassischen Regalsystem fortsetzen.

Wienecke: Was ist unter „Aufarbeitung“ zu verstehen?

Frau Ahrendt: Das heißt insbesondere Sichtung des Schriftgutes und Übergabe zur dauerhaften Aufbewahrung (weil historisch wertvoll) an das Landeshauptarchiv Schwerin oder an das Landesarchiv in Greifswald, Systematisierung (soweit für die polizeiliche Arbeit relevant) im Zentralarchiv oder Freigabe zur Vernichtung. Unser heutiger Archivfundus besteht aus:

- 264 lfd. Metern Akten Altbestand Deutsche Volkspolizei 1947-1990
- 946 lfd. Metern Akten Landespolizei MV 1991-2005
- 31 lfd. Metern Fachzeitschriften, Fachliteratur, Standardwerke 1953-2005 sowie
- Schriftgut aus dem Traditionskabinett der ehemaligen Landespolizeischule Neustrelitz und dem VPKA Stralsund.

Wienecke: Haben Sie bei Ihrer Arbeit auch Schätze entdeckt?

Frau Ahrendt: Kleine Schätze aus meiner Sicht waren schon dabei. Dazu zähle ich z.B. das Polizeihandbuch 34. Auflage von 1929, Deutscher Polizeiverlag Lübeck oder



Frau Ewert (li.) und Frau Ahrendt beim Sichten vorhandener Dokumente

eine lose Gesetzessammlung für die Mecklenburg-Schwerinschen Lande von 1861-1872. Aber auch die Originalermittlungsakte LKA Nr. 2805/1948 – Raubmordsache Kohl – gehört für mich dazu. Immerhin basiert darauf ein Roman von Wolfgang Mittmann mit dem Titel „Mordverdacht – Große Fälle der Volkspolizei 4“.

Wienecke: Ich muss anerkennen, das zehnjährige Jubiläum haben Sie sich verdient. Was wünschen Sie sich für die weitere Arbeit?

Frau Ahrendt: Ich würde mich freuen, wenn die Rahmenbedingungen auch künftig so sind, dass die personellen und materiellen Voraussetzungen erhalten bleiben, um das erreichte Niveau aufrechtzuerhalten. Und natürlich, dass das Archiv noch mehr als bisher für Recherchen genutzt wird. Vielleicht trägt ja das kleine Jubiläum dazu bei, diese Möglichkeiten bekannter zu machen. ■

Tauschpartnergesuche

Wer möchte nach Berlin? Kriminalkommissarin der Berliner Polizei sucht aus familiären Gründen dringend eine Tauschpartnerin bzw. einen Tauschpartner aus der Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bei Interesse einfache Kontaktaufnahme unter **03 85 / 79 35 29** oder **01 73 / 2 06 22 87** erwünscht.

Schwanentheater – eine Satire von Dichter Nebel

Auf dem Spielplan steht ein Theaterstück, dessen Hauptdarsteller H5N1 eher als Roboter im „Krieg der Sterne“ zu vermuten wäre als in Meck-Pomm. Gesehen hat H5N1 noch niemand. Trotzdem wird ständig über ihn gesprochen, wobei die dümmsten Komparsen die längsten Sprechrollen haben.

Das Stück ist eigentlich komplett unlogisch, weswegen es mit Action und Tod und düsteren Prognosen angereichert wird. Weil es trotzdem keiner sehen will, wird es statt im Theater im Fernsehen aufgeführt. In den Nachrichten oder Sonder-sendungen. Wie das Theaterstück heißt? Es hat viele Namen: Schweinepest, Geflü-gelpest, SARS, BSE, Rinderwahn und in der aktuellen Version Vogelgrippe. Das Stück ist eigentlich uralte. Es wird nur immer wieder unter anderem Namen neu inszeniert.

Vor etlichen Jahren war es noch simples Bauerntheater. Der Fuchs holt sich nachts ein Huhn, weshalb die anderen Hühner verschnupft sind. Die böse Hexe von nebenan steckt das dem Kreisveterinär, der die anderen Hühner schlachten lässt. Das würden die zwar irgendwann sowieso, aber nicht alle auf einmal. So gab es beim Bauern in der Küche wochenlang Hähnchen. Doch die Geschichte hat ein Happy-end. Die Bäuerin muss nicht mehr in den Stall und hat viel Zeit. Die nutzt sie, um das Kochbuch „Hundert hurtige Hähnchengerichte“ zu schreiben. Das Buch wird ein Bestseller und der Bauer kann sich eine neue Legebatterie leisten. Er kassiert von der Tierseuchenkasse Entschädigung, vom Wirtschaftsministerium Fördergelder und von der EU noch einige Subventionen oben-drauf. Die böse Hexen-Nachbarin bekommt großzügig ein totes Hähnchen geschenkt, macht sich einen Chicken-Burger und stirbt prompt an einer Salmonellenvergiftung. Solch schöne Stücke hat man gern.

Derzeit verseehe ich meinen Dienst in der 4. Mordkommission des Landes Berlin, suche jedoch aus familiären Gründen eine Tauschpartnerin bzw. einen Tauschpartner aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Wer Interesse an einem Wechsel nach Berlin hat (möglichst A9), möge sich bitte unter den Rufnummern **030/46 64 91 14 02** und **01 72 / 3 17 32 99** melden. ■



Ganz anders das heutige Theaterstück. Es ist ein Trauerspiel geworden, in dem nicht mehr der Fuchs schuld ist, sondern H5N1.

Ein Huhn fällt im Stall ganz unspektakulär einfach tot von der Stange. Alle die erwartet haben, dass jetzt der Bauer das tote Tier holt, werden enttäuscht. Nein, Statisten in unheimlichen Schutzanzügen mit Atemmasken betreten die Bühne, greifen das tote Huhn mit einer Kneifzange, stecken es in einen praktischen Leichensack und versprühen anschließend giftige Dämpfe. Die Hauskatze sucht erschreckt das Weite, wird eingefangen und zur Quarantäne in einen kleinen Käfig gesperrt. Das ist zwar nicht artgerecht, bietet aber Schutz vor jeglicher Ansteckung. Der Hund kann sich gerade noch in der guten Stube in Sicherheit bringen. Das faszinierte Publikum gruselt sich. Kaum ist die Szene vorbei, tritt ein Herold auf die Bühne. Beobachtet von vielen Kameras, verkündet er mit feierlich ernster Miene dem staunenden Publikum, die Wissenschaft habe festgestellt, der unheimliche H5N1 sei nachts in das Huhn gefahren, weshalb es tot von der Stange fiel. Die anderen Hühner hätten sich sehr unsolidarisch nicht darum gekümmert. Zur Strafe werde man nun alle anderen Hühner im Umkreis von zehn Kilometern umbringen.

H5N1 war aber schon längst aus dem toten Huhn in eine Wildgans geschlüpft, wo es als erstes den Orientierungssinn auslöschte. Deshalb flog die Wildgans nicht mit andern Zugvögeln im Oktober nach Süden, sondern im Dezember nach Westen. Pünktlich im Februar kam sie in Meck-Pomm an. H5N1 verliebte sich in einen Schwan, sprang auf ihn über. Das schöne Tier erschrak und starb. So kam die Vogelgrippe nach Meck-Pomm. Jetzt verändert sich das Theaterstück zur Groteske. Soldaten und Polizisten stürmen auf die Bühne. Autoreifen und Schuhsoh-

len von Fußgängern und Radfahrern werden desinfiziert. Schuhsohlen von Autofahrern aber nicht, weil die ja fahren und nicht laufen. Währenddessen fliegen die Vögel mir nichts dir nichts einfach über die Kontrollstellen hinweg und landeten auf dem Festland. Ohne sich die Füße zu waschen oder zu desinfizieren. Abfangjäger der Luftwaffe steigen auf. Nicht um die Vögel in der Luft zu stellen, sondern um tote Vögel am Boden zu finden. In dem alten Theaterstück wurde noch mit Kanonen auf Spatzen geschossen, heute werden tote Schwäne mit Jagdflugzeugen gejagt. Trotzdem wird ein toter Schwan übersehen. Mit dem toten Schwan spielen Kinder. Der böse H5N1 nistet sich bei ihnen ein, die Kinder stecken ihre Eltern an und plötzlich sterben die Menschen zuhauf. Das Stück ist noch nicht zu Ende, obwohl sich das Publikum entsetzt zeigt. Es gibt noch einen Szenenwechsel.

Ein besorgter Bürger ruft in einem Landratsamt an, weil er in Meck-Pomm Urlaub machen will. Er bekommt die Auskunft: „Jaja, das Virus, das man in zwei Schwänen nachgewiesen hat, ist hochpathogen! Aber Sie können trotzdem ruhig in unser schönes Land kommen. MV tut gut, wenn Sie die toten Tiere nicht streicheln oder küssen.“

Das Publikum fragt sich erstaunt: Fremde Länder fremde Sitten. Vielleicht ist das in Meck-Pomm üblich. Schwäne kuscheln als neuer Trendsport. Oder ist es in Meck-Pomm tatsächlich üblich, jedem toten Schwan einen Abschiedskuss zu geben? Werden hier wilde Strandpartys gefeiert unter dem Motto: Werden Sie Leda, kuscheln Sie mit dem wilden Schwan.

Was kommt als nächstes? Werden die Tänzer des Bolschoi-Ballets geschlachtet, weil sie den „Sterbenden Schwan“ aufführen? Nein! Natürlich nicht. Aber zunächst bleibt einmal „Betroffenheit“. Die Lieblingswort-hülse bundesrepublikanischer Gutmenschen. Dann wird vom Landwirtschaftsminister konsequent verboten, mit den Hühnern ins Bett zu gehen, außer sie sind gutaussehend, blond und langbeinig.

Zugegeben, die Story ist verrückt. Aber genau so soll es sich zugetragen haben, wie aus gewöhnlich gut desinformierten Kreisen versichert wird. Das sagen ja auch die Experten im Fernsehen. Ich wollte gern einmal wissen, was die Experten sagen, die nicht im Fernsehen auftraten, und be-

gann zu ermitteln. Was da zum Vorschein kam, lässt schauern.

Den mutierten, für Menschen tödlichen, Hauptdarsteller H5N1 kennt keiner. Nicht eine einzige Studie ist aufzufinden, in der das Virus einwandfrei isoliert und als tödlich für den Menschen dargestellt wurde. Trotzdem wird das Grippemittel Tamiflu gebunkert. Obwohl es nichts nutzt. In Deutschland wurden über 80 Millionen Dosen Impfstoff geordert. Warum so viel von einem Impfstoff, der nicht hilft, weil die so gefährliche Mutation des Virus noch gar nicht stattgefunden hat? Die Virologen empfehlen einen Impfstoff für etwas, was es noch gar nicht gibt und von dem niemand sagen kann, ob er hilft. Und unsere Politiker kaufen. Jahrelang lag das Medikament als Ladenhüter in den Regalen. Nun sind die Aktien um 700 % gestiegen – dank staatlich verordneter Vogelgrippepanik. Sollte H5N1 gar eine Erfindung der Pharmaindustrie sein? Honi soi qui mal y pense.



Bildquelle: Internet

Neuer Presseausweis 2006

Zum 1. Januar 2006 steht für alle hauptberuflich tätigen Journalisten der neue Presseausweis bereit. Die neue Plastikkarte im Scheckkartenformat löst den alten Ausweis mit Verlängerungsmarkern ab. Der Farbverlauf, ein Hologramm und die spezielle Drucktechnik sind wichtige Merkmale zur Fälschungssicherheit des neuen Presseausweises.

Presseausweis – wofür?

Der Presseausweis ist ein Arbeitswerkzeug für hauptberuflich tätige Journalisten, das ihnen die Arbeit erleichtern soll – zum Beispiel das Recherchieren bei Behörden.

Presseausweis – von wem?

Den bundeseinheitlichen Presseausweis gibt es ab 1. Dezember nur bei den Landesorganisationen der namhaften Medienverbände:

- Deutscher Journalisten-Verband
- ver.di-Fachbereich Medien
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
- Verband Deutscher Zeitschriftenverleger



Presseausweis – für wen?

Den Presseausweis erhalten nur hauptberuflich tätige Journalisten. Hobbyschreiber und Schnäppchenjäger haben keinen Anspruch auf das Dokument.

Presseausweis – wie lange?

Der neue Presseausweis im Scheckkartenformat gilt für das aufgedruckte Kalenderjahr. Statt der Verlängerung erhalten die Journalisten nach einem Jahr einen neuen Ausweis.

PRÄVENTION

Die Reise hat sich gelohnt

Eine Nachbetrachtung zum 11. Deutschen Präventionstag

Ulrich Hinse, Innenministerium MV, II 440zbV

„Vorbeugen ist besser als Heilen.“ Diese Volksweisheit trifft nicht nur bei der Gesundheitsvorsorge zu. Die Prävention ist, wie der bayerische Innenminister Beckstein anlässlich der Eröffnung der Veranstaltung im CongressCentrumNürnberg CCN erklärte, eine wichtige Säule der Sicherheitspolitik. Kriminalprävention, so Innenminister Beckstein weiter, sei zugleich auch der beste Opferschutz, denn jedes verhinderte Verbrechen bedeute weniger Opfer, weniger Leid für Betroffene und Angehörige.

Genau in diesem Sinne wurden am 8. und 9. Mai 2006 auf dem 11. Deutschen Präventionstag in Nürnberg die verschiedensten Aspekte polizeilicher und kommunaler Präventionsarbeit diskutiert, Erfahrungen ausgetauscht und Konzepte vorgestellt.

Der Busfahrer der BPA aus Waldeck, der unsere 23-köpfige Delegation aus verschiedenen Polizeidirektionen, dem IpAF,



Der Stand des LfK MV war dicht umlagert.

kommunalen Präventionsräten und dem Innenministerium kutscherte, trat verblüfft auf die Bremse. Eine Ampel wech-

selte von Rot zu Gelb, um Sekundenbruchteile später wieder auf Rot zu springen. „Zweimal Rot! Das ist ein Ding. Bestimmt ein Schaltfehler.“ Aus den Tiefen des Busses kam fast beschwörend die Antwort: „Nein! Rot - Rot ist kein Schaltfehler. So begrüßt Nürnberg seine Gäste aus MV. Wir sind zu Gast bei Freunden. Steht doch an jeder Litfasssäule.“

Stimmte. Sport, insbesondere Fußball, ist zur Zeit Thema Nr. 1 in Nürnberg. Deshalb passte der Schwerpunkt des 11. Deutschen Präventionstages „**Sport und Prävention**“ wie die Faust aufs Auge.

In 48 Vorträgen, auf einer Eventbühne, einer Aktionsfläche, einer Kinderuniversität und natürlich auf einer ansehnlichen Ausstellungsfläche mit Infoständen, Sonderausstellungen und Präventionspräsentationen wurde dieses und weitere Themen ausgiebig behandelt. In Europa ist diese Veranstaltung inzwischen die größte ihrer Art. Sie repräsentiert den aktuellen Stand der Kriminalprävention und ermöglicht eine zielgenaue Information für Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Neben dem unausweichlichen Sammeln von Broschüren, Konzepten, Tragetaschen, Kugelschreibern und anderen typischen Kongressutensilien, den ebenso unvermeidlichen mehr oder weniger tiefgründigen Fachgesprächen oder nur dem „Aha, auch wieder da?“ kam es in den vielen Fachforen zu sehr kontroversen Diskussionen.

Vier Beispiele dazu:

Zur Verwunderung der erstaunten Zuhörer legte Professor Brettschneider von der Universität Paderborn in seinem Workshop eindrucksvoll dar, dass nach seinen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen Sportvereine keinen wesentlich besseren Einfluss gegenüber Gewalt, Drogen oder Sucht haben. Geraucht und Rauschgift konsumiert werde in Sportvereinen zwar weniger, weil leistungsmindernd. Alkohol werde jedoch deutlich mehr getrunken als außerhalb, was auf das Gruppenverhalten zurückzuführen sei. Bei Gewalt wiederum bestehe kein wahrnehmbarer Unterschied. Die werde in den Vereinen wie außerhalb fast gleich stark ausgeübt. Gewalt sei eben ein jugendimmanentes, temporäres Experimentierverhalten, mit dem Erfahrungen zur Sozialkompetenz gesammelt würden.

Prof. Brettschneider kam zu dem Ergebnis, dass es keinen Nachweis für präventive Effekte des Sports gebe. Wie sagte ein schlauer Mensch, oder war es ein Praktiker? „Wissenschaft ist Irrtum auf dem neuesten Stand.“

Im Filmforum wurde ein Aufklärungsfilmspot über Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgeführt. Es ist beabsichtigt, diesen zweiminütigen Spot anlässlich der Videoübertragungen von WM-Spielen in Innenstädten und auf Plätzen zu zeigen, um Männer betroffen zu machen. Er machte aber eher ratlos, da von den Betrach-



*Es galt, zahlreiche Fragen zu beantworten und Themen zu diskutieren.
Fotos: IM, LfK MV*

tern ein hohes Abstraktionsvermögen verlangt wird. Dieses ist sicherlich bei denen vorauszusetzen, die gezielt in eine Infoveranstaltung über Zwangsprostitution gehen. Es sind aber Zweifel erlaubt, ob gleiches von der Zielgruppe erwartet werden kann, die sich mit der Bierdose in der Hand auf ein Fußballspiel einstimmt. Selbst bei nüchternen Fans könnte eher der Eindruck entstehen, der Spot weise auf innerbetriebliches Mobbing hin. Damit wäre aber der Zweck verfehlt. Vielleicht hätten die engagierten Initiatoren doch besser einen Mann fragen sollen.

Richtig heftig wurde es auch in dem Workshop „Fan-Gewalt und Fußball – zwangsläufige Verbindung oder Folge von Missverständnissen?“ als die Fan-Beauftragten der Bundesligavereine BVB Dortmund und Schalke 04 doch allen Ernstes behaupteten, die teilweise extreme Gewalt in den Fußballstadien, auf den Anreisen wegen oder in den Städten sei auf das Verhalten der Polizei zurückzuführen. Gebe es keine Polizei, gebe es keine Ausschreitungen durch Hools oder Ultras. So einfach sei das. Natürlich trinke hin und wieder ein-

mal ein Fußballfan mehr, als er vertragen könne, und werde auch aggressiv. Aber dann nehme er ihn einfach in den Arm, statt ihn mit Gewalt auszusondern, erklärte rührend der Fanbetreuer aus Dortmund, ein professioneller Sozialarbeiter. Ähnlich äußerten sich auch die Schalcker Jungs. Sie stellten die Frage, was die Polizei denn erwarte, wenn sie Fangruppen separiere, ihnen keinen Freiraum gestatte, sie einpferche wie Vieh, ihnen den Gang zur Toilette verwehre oder den Kauf von Verpflegung. Das müsse zwangsläufig zu aggressivem Verhalten führen. Greife die Polizei nicht

ein, gebe es keine Probleme, weil die Fans das unter sich regeln würden.

Die sehr eigenwillige Auslegung von Gewalt durch die Fan-Betreuer wurde deutlich, als sich der Sozialarbeiter vom BVB – Insiderinformationen nach soll er tatsächlich nüchtern gewesen sein – im Brustton der Überzeugung zu Massenschlägereien zwischen Fan-Gruppen äußerte. Hier handele es sich um Körperverletzungen in gegenseitigem Einvernehmen. Denen müsse man nicht weiter nachgehen. Die fänden inzwischen an abgelegenen Orten, auf freiem Feld statt. Wenn sie alle die Augen blau hätten, würde einer zum Sieger

erklärt und die Angelegenheit sei vergessen. Auch hier sei Polizei nicht erforderlich und störe nur.

Den Einwand einer anwesenden Polizeibeamtin, es gebe eine Gesetzeslage, an der sich polizeiliches Handeln zu orientieren habe, wurde mit einem süffisanten Lächeln übergangen. Als ein Polizeibeamter seine persönlichen positiven wie negativen Erfahrungen mit freilaufenden Fans beschrieb, wurde ihm vorgehalten, er pauschaliere unangemessen. Hier steigerte sich die Diskussion mit anwesenden Beamten und Einsatzleitern in einer Art, dass besorgte Teilnehmer bereits die Broschüre „Wie regle ich Gewaltexzesse“ zur Hand nahmen. Das Zeitlimit beendete den Workshop, bevor Schlimmeres passieren konnte.

Auch das Thema „Häusliche Gewalt“ bleibt nach wie vor im Fokus der Präventionstage. Zu vielfältig sind die Erscheinungsformen, zu komplex die Zusammenhänge und zu verschieden die Präventionsmöglichkeiten.

Befremdlich erschien den zahlreichen Zuhörern eines Workshops jedoch die von Dr. Wiebke Steffen, Dezernatsleiterin aus

dem Bayerischen LKA, vertretene sehr einseitige Gleichsetzung von häuslicher Gewalt mit Gewalt gegen Frauen. Sie stützte sich auf eigene Untersuchungen zu dem Phänomen, wobei sie erklärte, dass Gewalt gegen Männer im Rahmen von häuslicher Gewalt nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen sei. Ihr höchstes Zugeständnis an die von ihr allein wahrgenommene Tätergruppe Mann war eine Betreuung der Täter durch eine Männerberatung, die Bewährungshilfe oder bestenfalls eine Männergruppe. Häusliche Gewalt, so Dr. Steffen, sei allein die auf Dominanz abzielende, physische Gewalt von Männern gegen Frauen. Zu möglichen Wechselwirkungen in einer Beziehung, zu tatsächlichen Ursachen, zu psychischer Gewalt aufgrund intellektueller Überlegenheit kein Wort. Der zaghafte Hinweis, möglicherweise gehe der physischen Ge-

walt durch den Mann psychische Gewalt durch die Frau voraus, wurde als unqualifiziert abgetan und darauf verwiesen, auch Männer übten neben der dominierenden physischen auch psychische Gewalt aus.

Für nicht wenige Zuhörer entstand der Eindruck, solange dieses wichtige Gewaltphänomen einseitig geschlechterspezifisch bewertet wird, ist eine allseits befriedigende Lösung nicht zu erwarten. Dabei wäre das besonders dann wichtig, wenn Kinder von häuslicher Gewalt betroffen sind. Gerade Kinder haben mit ihrem natürlichen Gerechtigkeitsinn ein feines Gespür dafür, wer die Ursachen gesetzt hat und für die Wirkungen verantwortlich zu machen ist.

Bleibt zu hoffen, dass die von Dr. Steffen noch für dieses Jahr angekündigte wissenschaftliche Untersuchung, an der sich

auch die Universität Greifswald beteiligt, diese Betrachtung genauer in die Untersuchung einbezieht.

Es wäre zuviel verlangt, das gesamte Themenspektrum des 11. Deutschen Präventionstages an dieser Stelle beschreiben zu wollen, zumal an beiden Veranstaltungstagen über 2.000 (!) Teilnehmer, darunter Gäste aus 15 Staaten, 150 Aussteller und 70 Referentinnen und Referenten in Aktion waren.

Als Fazit bleibt: Die weite Anreise hat sich gelohnt, der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen in MV werden die beiden Tage von Nürnberg langfristig sehr zugute kommen, und auf den 12. Deutschen Präventionstag 2007 in Wiesbaden darf man schon jetzt gespannt sein. ■

SPORT

Fünf Freunde und ein Ball

Steffen Kober, IM MV, II 440g

Im Jahr der Fußballweltmeisterschaft hat die schon in guter Tradition durchgeführte Polizeilandesmeisterschaft (PLM) im Hallenfußball ihren besonderen Reiz. So verwundert es nicht, dass bis auf das LKA alle Behörden an einem anfangs verschneiten Morgen im April angereist waren, um neben einer Urkunde den begehrten Wanderpokal als Auszeichnung zu empfangen. Um das an dieser Stelle durch den geschulten Leser von Sportbeiträgen erwartete Bedienen von Klischees zu erfüllen, sei an dieser Stelle folgendes genannt: Auch an diesem Tage brauchte es fünf Freunde, einen Ball, der ist selbstverständlich rund, und das Talent, das Runde ins Eckige zu befördern. Das Wortspiel mit dem Eckball, der nicht rund ..., verkneif' ich mir.

Zurück zur Meisterschaft: Austragungsort war aus guter Erfahrung wieder die Sporthalle des Fliegerhorstes Laage-Kronskamp. An dieser Stelle einen Dank an die Gastgeber. Die Eröffnung erfolgte durch den Fachwart Fußball, EPHK Niemann (2. BPH Waldeck). Gespielt wurde in zwei Staffeln, die in der zu Beginn vorgenommenen Auslosung ermittelt wurden.

Mit gesundem Ehrgeiz und angemessener Intensität begaben sich die Spieler in die

Zweikämpfe. Nun ist nicht jeder ein Michael Ballack und auch kein Olli Kahn (unsere Nr. 2!). Trotzdem gab es von außen an der Linie die eine oder andere schöne Spielszene, den einen oder anderen gelungenen Pass oder auch toll herausgespielte Tore zu sehen. Darüber hinaus bot sich auch manch-

mal ungelinktes Geschick und auch manch Lustiges. So gab es Tore, die ursprünglich mit Beginn des willensgesteuerten Schusses wohl eher als Abspiel oder Sonstiges gedacht waren, dem Torjäger aber dann ein stolzes Ansehen verliehen und die absolute Gewissheit aller Zuschauer, dass dies so gewollt war.

Fairness – und dies ist hervorzuheben – war spürbar. Leider waren zwei leichte Verletzungen zu beklagen. Beide Spieler erfreuten sich am Abend auf der „Blaulichtparty“ in Rostock jedoch schon wieder bester Gesundheit und fielen dem Dienst-



Spiel um Platz 5 Stralsund-Innenministerium

herrn insofern nicht aus. Wenn in den Spielen auch manchmal mit Worten gekämpft wurde, so beruhigten sich die Gemüter mit dem Abpfiff schnell wieder. Über die Schiedsrichterleistung lässt sich bekanntlich streiten. Derjenige, der sich benachteiligt fühlt, hat verständlicherweise eine andere Wahrnehmung als der Schiedsrichter. Alle drei Schiedsrichter zeigten insgesamt eine gute Leistung. Und, um einen vollständigen Bericht zu liefern, sei erwähnt, dass auch eine Zweiminutenstrafe ausgesprochen wurde. Wohl neben dem Repressionscharakter

gleichermaßen eine Präventionsmaßnahme, die beruhigend und zeichnend auf alle nachfolgenden Spiele gewirkt hat.

Nach den Vorrundenspielen folgten das erste und zweite Halbfinale, um dann die Platzierungen zu ermitteln. Hier die Ergebnisse: 10. Platz Wasserschutzpolizeidirektion, 9. Platz PD Anklam (nach 7-Meter-Schießen), 8. Platz Institut für polizeiliche Aus- und Fortbildung, 7. Platz PD Schwerin, 6. Platz PD Stralsund, 5. Platz Innenministerium. Im kleinen Finale spielten die Auswahl der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege und die der PD Neubrandenburg um Platz 3. Hier ging mit einem 1:0 die PD Neubrandenburg als Sieger hervor. Im Finale standen sich dann verdientermaßen die



Die zweiten Sieger Fotos: Daniel Schmidt

Auswahl der Bereitschaftspolizei und die Auswahl der PD Rostock gegenüber. Ein spannendes Spiel auf gutem Niveau. Und – hier zeigte sich die Größe beider Mannschaften – um die Spannung auszureizen

und den Zuschauern großartiges „Kino“ zu bieten, fiel die Entscheidung im 7-Meter-Schießen. Mit einem Endstand von 6:5 ging die Bereitschaftspolizei als Turniersieger hervor.

Die Siegerehrung nahmen Herr EPHK Niemann und Herr PHK Langtim (IM MV) vor. Den Wanderpokal nahm dann natürlich die Auswahl der Bereitschaftspolizei mit in ihre Dienststelle; an dem dann doch noch sonnigen Nachmittag. Resümee: Eine sehr gelungene Veranstaltung. Vielen Dank an die Organisatoren der 2. BPH, an die Schiedsrichter und an die Mannschaften. Man kann gespannt sein, auf die Polizeimeisterschaften im Kleinfeldfußball im Herbst. ■



PD-Leiter Ernst Helmut Qualmann eröffnet die Meisterschaften

Nach fast drei Jahren gab es für die besten Schwimmerinnen und Schwimmer unserer Landespolizei eine Neuauflage der Meisterschaften im Schwimmen und Retten. Am 14. März trafen sich 46 Aktive aus sechs Polizeibehörden in der Schwimmhalle der Bundeswehr in Krons Kamp. Das Innenministerium MV hatte die Polizeidirektion Rostock mit der Ausrichtung der Meisterschaft beauftragt. Die umfangreiche Unterstützung der Bereitschaftspolizei trug dazu bei, dass optimale Wettkampfbedingungen herrschten und ein reibungsloser Ablauf der Veranstaltung erfolgen konnte. Dafür gilt es an dieser Stelle den Verantwortlichen zu danken. Nach der Eröffnung durch den Leiter der Polizeidirektion Rostock, KD Ernst Helmut Qualmann begann der Wettstreit in 14 Einzeldisziplinen und der 4 x 50 m Staffel. In der kleinen Halle standen vier 25 Meter Bahnen für die Sportler zur Verfügung. Die Bedingungen waren in dieser kleinen Halle optimal. An Begeisterung und Siegeswillen fehlte es den Teilnehmern nicht. Die Zuschauer erlebten spannende Kämpfe und trugen durch ihre Anfeuerung für die Aktiven zu einer tollen Kulisse bei. In eini-

Polizeilandesmeisterschaft im Schwimmen und Retten

Dörte Kamrau, Fachwart Schwimmen und Retten

gen Disziplinen hatten die Gewinner knapp die Nase vorn. So konnten die Schwimmer insgesamt gute Ergebnisse erreichen. Fünf Aktive qualifizierten sich mit ihren Leistungen für die Deutschen Polizeimeisterschaften am 10. und 11. Mai in Bremen. Für unser Land gingen in der Weserstadt folgende Sportler an den Start: Peter Dabel und David Berner (beide IPAF), Sven Brill sowie Thomas Stolz (BP MV) und Dörte Kamrau (PD Rostock).

Aber auch die anderen erreichten Ergebnisse an diesem Tag können sich sehen lassen. Dörte Kamrau und Peter Dabel belegten bei ihren drei möglichen Einzelstarts erste Plätze. Somit konnte jeder von ihnen drei Goldmedaillen erringen. Auch der älteste Teilnehmer, Hartmut Olthoff, trug mit seinen 56 Jahren dreimal Gold in den Disziplinen Rücken, Brust und Freistil davon. Der neu angeschaffte Wanderpokal für die beste Mannschaft ging für 8 x

Gold, 6 x Silber und 6 x Bronze an das Institut der Polizei für die Aus- und Fortbildung. Den 2. Platz belegte die Mannschaft der Bereitschaftspolizei (8xG, 7xS, 3xB). Auf dem dritten Rang landeten die Schwim-



Vom Start an wurde hart gekämpft

Fotos: PD Rostock

merinnen und Schwimmer der Polizeidirektion Rostock (7xG, 1xS, 3xB). Ein wenig traurig war der Veranstalter, weil aus den Direktionen Anklam und Neubrandenburg keine Teilnahmemeldungen eingegangen waren. Auf Nachfragen des Fachwarts bei interessierten Sportlern aus einzelnen Dienststellen der genannten Behörden erhielt sie die Antwort, dass die Ausschreibung dort nicht bekannt sei. Bei den nächsten Meisterschaften unserer Landespolizei wäre es eine gute Sache, wenn wieder Aktive aus allen Behörden an den Start gehen würden. ■

Auf die Plätze ...



Tausende Besucher im Schweriner Polizeizentrum

Klaus Wiechmann, PD Schwerin

Hoch her ging es am ersten Maiwochenende im Schweriner Polizeizentrum zu. Bei blauem Himmel und Temperaturen über 20 Grad öffnete das Polizeizentrum zum Aktionstag „Polizei hautnah“ seine Pforten und lockte damit mehrere tausend Besucher aus Schwerin und dem Umkreis an. Und über das abwechslungsreiche und informative Programm waren dann auch schon die ersten Gäste, unter ihnen der Schirmherr der Veranstaltung, Innenminister Dr. Gottfried Timm, mehr als nur angenehm überrascht.

So ließen die Besucher auch nicht lange auf sich warten und schon vor Beginn der

Veranstaltung war das erste Fahrrad co-diert. Zur Mittagszeit füllte sich die Dienststelle dermaßen, dass Wartezeiten bei Besichtigungen des Zellentraktes und der Filmauswertestelle in Kauf genommen werden mussten. Doch die Besucher waren geduldig und interessiert. Die gemeinsamen Vorführungen der ETR-Trainer mit den Diensthundeführern waren sehr aktionsreich und somit ein besonderer Höhepunkt des Tages. Darüber hinaus gab es jede Menge Informations- und Präsentationsangebote, die auch gern genutzt wurden. So war die Einstellungsstelle der Landespolizei bis zum späten Nachmittag dicht umlagert. Aber auch die Jüngsten

kamen voll auf ihre Kosten. So lagen die Polizeipuppenbühne, die Möwe „Klara“ und der Polizeihubschrauber voll im Trend. Aber auch von der Einsatztechnik waren die Kleinen fasziniert.

Möglich wurde der Erfolg des Aktionstages nur durch das Mitwirken zahlreicher Sicherheitspartner. Die Sparkasse Schwerin, der Munitionsbergungsdienst, das THW, die Bundespolizei, das DRK, die Verkehrswacht und das Landesfeuerwehrmuseum waren mit Herzblut dabei. Für den würdigen und kulturellen Rahmen sorgte das Landespolizei-Orchester MV. ■

Fotos: Ulrike Kastein, Rainer Cordes



Ausschreibung

Preis der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik

Die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Kriminalistik als Wissenschaft und praktisches Instrument der Kriminalitätskontrolle zu pflegen und zu fördern. Aus diesem Grunde wird für das Jahr 2006 ein Preis ausgelobt, der auf der Jahrestagung im Jahr 2007 vergeben wird.

Mit dem Preis sollen herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Kriminalistik gewürdigt werden. Es können alle im Jahr 2006 bis zum Ablauf der Einsendefrist veröffentlichten oder noch nicht veröffentlichten Arbeiten eingereicht werden, die sich mit der Kriminalistik oder einem ihrer Teilgebiete befassen und die einen Fortschritt für die Kriminalistik erkennen lassen. Teilnahmeberechtigt ist jedermann mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes der DGfK. Der Preis der DGfK ist dotiert mit

1000,- €

Über die Preisvergabe entscheidet eine Gutachterkommission, die durch den Vorstand der DGfK eingesetzt wird. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der 31.12.2006.

Einsendungen sind zu richten an:

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik

Anika Schütz, Joseph-Herzfeld-Str. 9, 18059 Rostock

Nähere Informationen erhalten Sie unter: www.kriminalistik.info

